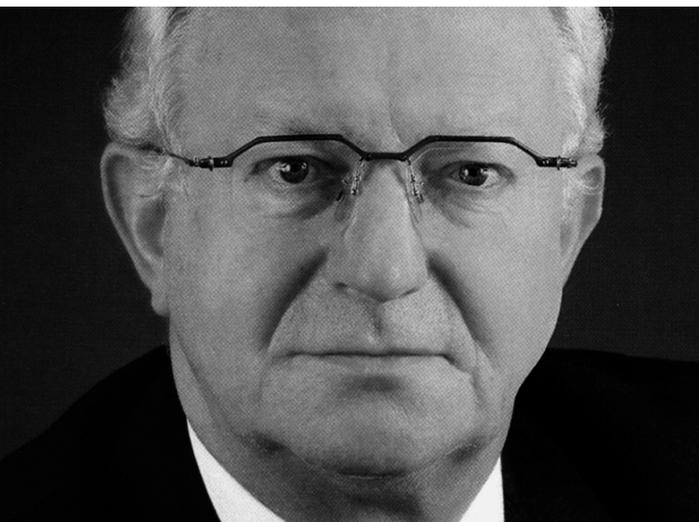


# Evangelische Verantwortung

## Das Deutsche Rote Kreuz im Spannungsfeld zwischen Hilfeauftrag, Kostendruck und Effizienz

Bundesminister a.D. Dr. Rudolf Seiters

Das rote Kreuz auf weißem Grund ist weltweit eines der bekanntesten, wohl auch schönsten, Symbole für Humanität und Solidarität. Die 183 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften bilden ein einzigartiges, internationales Netzwerk – unter ihnen ist das Deutsche Rote Kreuz nach den Amerikanern die größte Organisation: Als nationale Hilfsgesellschaft und



„Die Qualität der Arbeit der Wohlfahrtsverbände misst sich an der Einhaltung und Erfüllung ihrer ethischen Grundlagen und Ziele.“

Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege, mit 4,6 Millionen Mitgliedern und über 400.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, mit 20.000 hauptamtlichen Schwestern, mit einem

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Ist Multi-Kulti am Ende?	6
Evangelisches Leserforum	16
Der aktuelle Kommentar	20

starken Jugendrotkreuz, mit hunderten von Bergwacht- und Wasserwachtgruppen, mit einer Fülle von Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz, im Rettungsdienst, bei der Ersten Hilfe-Ausbildung, mit einem Blutspendedienst, der mit jährlich 3,5 Millionen Blutspenden 80 Prozent der Blutversorgung in der Bundesrepublik Deutschland sichert, mit seinen Rotkreuz-Krankenhäusern, seinen Altenpflegeschulen und einem Netz von ambulanten und stationären sozialen Einrichtungen.

### I. Kostendruck und Effizienz

Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Optimierung, Aufwandsminimierung und Gewinnmaximierung: Nahezu alle Lebensbereiche werden mittlerweile mit wirtschaftswissenschaftlichen Begriffen belegt. Spätestens seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 und der Pflegebuchführungsverordnung sowie der vorgeschriebenen oder empfohlenen Implementierung diverser Qualitätsvorschriften, -richtlinien, -handbücher, -beauftragten, -managementsysteme und Qualitätssicherungssysteme in nahezu allen Bereichen der vergüteten, sozialen Leistungserbringung scheint es einen unaufhaltsamen Trend zur Erzeugung von Effizienz zu geben.

Damit ist auch im Bereich der Hilfen des DRK Effizienz zu einem entscheidenden Maßstab geworden. Dabei ist Effizienz grundsätzlich positiv zu werten: Effizienz meint zunächst nur die Optimierung des Verhältnisses von Aufwand und Er-

*In nahezu allen Bereichen der vergüteten, sozialen Leistungserbringung scheint es einen unaufhaltsamen Trend zur Erzeugung von Effizienz zu geben.*

trag d.h. das Erreichen gesetzter Ziele mit geringst möglichem Aufwand. Bei Hilfeleistungen, bei sozialer und gesundheitlicher Betreuung ist das Ziel oft jedoch nur schwer zu fassen: Das Wohlergehen von Menschen, die aufgrund von Katastrophen, sozialen oder gesundheitlichen Problemen Hilfe benötigen, lässt sich nicht durch einen Geldbetrag beschreiben. Andererseits sind die Möglichkeiten unseres Sozialsystems, neue Mittel zu generieren, erschöpft. In Zeiten knapper Kassen wird Effizienz vor allem dadurch erhöht, dass man mehr Leistung mit gleich bleibenden Mitteln erreichen will. Hier baut sich für das DRK, das einerseits wirtschaftlich-effizient, andererseits aber vor allem im Sinne der betroffenen Menschen arbeiten will, ein Widerspruch auf.

## II. Der Anspruch und die Pflicht des Deutschen Roten Kreuzes

Für das DRK und sein Handeln sind weder seine eigenen Strukturen noch sein Nutzen für den Staat oder seine Effizienz in einem Leistungssystem von zentraler Bedeutung. Entscheidend sind für das DRK vielmehr sein Selbstverständnis, seine Grundsätze, seine Satzung und sein Leitbild. Durch sie ist das DRK immer an etwas über sich selbst hinaus Weisendes gebunden und ausschließlich dem Wohl des einzelnen Menschen verpflichtet.

Abgesehen davon, dass das DRK selbstverständlich die ihm zur Verfügung gestellten Mittel effizient nutzt, legt es selbst fest, was es tut. Ohne die Sinnhaftigkeit wirtschaftlichen Handelns bestreiten zu wollen, wird das DRK seinen und den Blick der Öffentlichkeit immer auf die aus seiner Sicht tatsächlich bestehenden Bedürfnisse schutz- und hilfebedürftiger Menschen lenken und prüfen, was zu tun geboten ist; d. h. dem DRK kann es nicht um wirtschaftliche Effizienz allein gehen. Es muss zunächst die von ihm beabsichtigten Wirkungen seines Handelns festlegen und überprüfen, inwieweit es an diesen gemessen effektiv ist. Es geht also nicht nur um wirtschaftliche Effizienz, sondern zunächst auch um Effektivität.

## III. Das Spannungsfeld

Das DRK steht – insbesondere dort, wo es mit privaten Anbietern um begrenzte Mittel konkurriert – unter Effizienzdruck. Daher hat das DRK seinen Blick schon seit längerem auch auf die betriebswirtschaftlichen Probleme seiner Einrichtungen und Diensten gerichtet und verschiedene Instrumente und Methoden eingeführt und angewandt. Angesichts der durch Kostenträger und Zuwendungsgeber festgelegten monetären Be-

dingungen für die Einrichtungen und Dienste des DRK waren und sind diese Instrumente und Methoden im Rahmen betriebswirtschaftlicher Logik vertretbar und angemessen.

Das DRK ist einerseits gemeinnützig und mildtätig und hat nicht zuletzt deshalb eine besondere Stellung innerhalb der Gesellschaft, die davon ausgeht, dass das DRK ihr Wohl – das Gemeinwohl – fördert. Zugleich ist das DRK auch Wettbewerber, der wirtschaftlich arbeiten muss. Durch diese verschiedenen Rollen, in denen das DRK aktiv ist – als Nationale Hilfsgesellschaft, als unabhängiger Wohlfahrtsverband, als geförderter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und als betriebswirtschaftlicher Träger von Einrichtungen und Diensten – steht es in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis.

Anfangs versuchte das DRK dieses Spannungsfeld aufzulösen, z.B. durch die Ausgründung marktnaher, d.h. einzelleistungsfinanzierter Bereiche. Doch dieser Weg hat sich nach den bislang gemachten Erfahrungen nicht als Königsweg erwiesen. Im Gegenteil: Er kann auf Dauer dazu führen, dass effizient betriebene Einrichtungen ihren Bezug zu den ethischen Grundlagen des DRK verlieren.

Daher muss auch darüber nachgedacht werden, dieses Spannungsfeld eben nicht einfach zu verlassen, sondern in ihm zu verbleiben und andere Lösungsansätze zu suchen. Dies hieße, die eigene Rollenvielfalt nicht nur weiterhin zu ertragen (um z.B. die Gemeinnützigkeit nicht zu verlieren) und gleichzeitig an ihr zu „leiden“ (z.B. durch die Einschränkungen aufgrund der Gemeinnützigkeit), sondern sie als Antrieb und Profilierungschance zu nutzen.

## IV. Der grundsätzliche Hilfeauftrag

Das DRK muss daher klar definieren und vertreten, was es unter seinem „grundsätzlichen Hilfeauftrag“ versteht und dessen Nutzen und Wert für die Gesellschaft und für den Einzelnen herausstellen. In all seinen Arbeitsbereichen muss das DRK darauf achten, DRK-spezifische Ziele anzustreben und Wirkungen zu beabsichtigen, die seinen Grundsätzen und seinem Selbstverständnis entsprechen. Hieraus sind dann die Erfolgskriterien für die Arbeit des DRK abzuleiten. Im Wesentlichen muss dieser anspruchsvolle und spannungsreiche Erfolgsbegriff drei Maßstäbe beinhalten: die Notwendigkeit, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit. Dies gelingt, wenn das DRK

*Das DRK muss klar definieren und vertreten, was es unter seinem „grundsätzlichen Hilfeauftrag“ versteht und dessen Nutzen und Wert für die Gesellschaft und für den Einzelnen herausstellen.*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ – unter diesem Motto fand am 20. Februar der Wertekongress der CDU Deutschlands statt. Mit diesem Wertekongress, an dem auch der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber teilnahm, ist zugleich das Startsignal für die Diskussionen um das geplante neue Grundsatzprogramm gegeben. Gerade in der Grundwertedebatte müssen wir wieder deutlich machen, dass für uns das christliche Menschenbild und die sich hieran anknüpfenden Werte und Präferenzen nicht nur Lippenbekenntnisse darstellen, sondern aus einer glaubwürdigen Grundhaltung entspringen, die die Christlich-Demokratische Union bis heute prägt. Es kann darum keine überzeugende Grundsatzdebatte geben, ohne dass wir uns der Frage unserer entsprechenden christlichen Grundhaltungen und Wertvorstellungen wieder stellen und uns auf diese neu besinnen. Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU werden wir uns in diesem Sinne intensiv an der Grundsatzprogrammdiskussion beteiligen und einbringen.

Vor dem Hintergrund der Unruhen und Gewaltakte in der arabischen Welt anlässlich der in einigen europäischen Zeitungen veröffentlichten Mohammed-Karikaturen muss betont werden, dass der nötige Respekt vor religiösen Grundüberzeugungen und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in einer freiheitlich-demokratisch geprägten Gesellschaft untrennbar miteinander verbunden sind. Die Empörung vieler Moslems auf der ganzen Welt über die von ihnen als blasphemisch empfundenen Karikaturen in europäischen Zeitungen ist darum in dem Maße nachvollziehbar, wie sie hier in ihren grundlegenden religiösen Gefühlen verletzt werden. Nicht nachvollziehbar und völlig unakzeptabel jedoch ist es, wenn eine solche Empörung zu Gewalttaten und hasserfüllten Ausschreitungen führt und im Zeichen des islamischen Fundamentalismus Forderungen erhoben werden, die gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gerichtet sind. Denn das Grundrecht der Presse- und Meinungsfreiheit gilt für Gläubige wie Nicht-Gläubige gleichermaßen.

Das eigentliche Problem stellt sich darum in den vom islamischen Fundamentalismus bzw. Terror geprägten und beeinflussten Ländern selbst, weil in ihnen weder Blasphemieschutz für Andersgläubige bzw. Religionsfreiheit noch das Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. die Achtung grundlegender Menschenrechte in hinreichender Form existieren. Die aktuelle Gewalteskalation in einigen arabischen Ländern zeugt in erster Linie von diesen elementaren Demokratie- und Freiheitsdefiziten. In ihnen und nicht im so genannten „Kampf der Kulturen“ besteht das wirkliche Bedrohungspotential des aktuellen Konfliktes. Diese Entwicklung zeigt zum wiederholten Male, dass eine radikale Minderheit dem Ansinnen von Millionen Muslimen nach friedlichem Zusammenleben und religiöser Toleranz schadet.

Wir sollten uns darum auch in unserem Land davor hüten, hier eine Scheindiskussion zu führen: Es geht nicht bloß um die Frage, wo die Grenzen der Pietät im Hinblick auf den Islam oder irgendeine andere Religion überschritten werden. Diese Diskussion kann in einem freiheitlich säkularisierten Staat nur im gesellschaftlichen Dialog des achtungsvollen Miteinanders geführt werden. Es geht auch um die Frage, ob wir uns von radikalen religiösen Fundamentalisten in unseren freiheitlichen Grundrechten beschneiden lassen wollen.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel  
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*„Es kann darum keine überzeugende Grundsatzdebatte geben, ohne dass wir uns der Frage unserer entsprechenden christlichen Grundhaltungen und Wertvorstellungen wieder stellen und uns auf diese neu besinnen.“*

- seine Arbeit hinsichtlich der Notwendigkeit im Sinne seiner ethischen Basis und Mission prüft,
- die Wirksamkeit der erbrachten Leistungen an der Erreichung beschriebener spezifischer und konkreter Ziele fördert und überprüft sowie
- die Wirtschaftlichkeit von Leistungen und Strukturen im Sinne der Optimierung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag sichert und verbessert.

Dabei geht es um die Balance von Ethik, Effektivität und Effizienz und damit um die optimale Position im oben beschriebenen Spannungsfeld.

Gelingt es dem DRK, diese Anforderungen auszubalancieren,

- profiliert es sich anwaltschaftlich als Helfer für Einzelne und Gruppen, in dem es zeigt, dass es weder Selbstzweck noch Ziel an sich ist, sondern Mittel zu dem Zweck, der sich aus den objektiven und subjektiven Bedürfnissen der Empfänger und Adressaten seiner Leistungen einerseits und seinem Selbstverständnis sowie seinen Aufgaben andererseits ergibt,
- profitiert die Gesellschaft (Gemeinwesen, Leistungsempfänger), die sich auf funktionierende und effektive, dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen und Dienste verlassen kann,
- wird es auch wirtschaftlich erfolgreich arbeiten und sich gegenüber seiner Konkurrenz im Preis- und Qualitätswettbewerb absetzen.

## V. Das DRK als Garant ethisch begründeter Hilfe

Erfolgreiche DRK-Hilfen müssen den DRK-Grundsätzen entsprechen und wirtschaftlich erbracht werden. Erfolg muss dabei als das Eintreten von beabsichtigten Wirkungen und das Erreichen von gesteckten Zielen definiert werden.

Um langfristig erfolgreich zu sein, wird es nicht genügen immer neue Produkte bzw. Dienstleistungen auf den „Markt“ zu bringen, mit denen wirtschaftliche Überschüsse erzielt werden können. Es reicht auch nicht aus, sich den verändernden Rahmenbedingungen reaktiv anzupassen, um weiterhin Leistungen erbringen zu können.

Leistungen, Dienste, Einrichtungen, Initiativen, Selbsthilfegruppen etc. sind aus sich heraus weder sinnvoll noch zweckmäßig; ihre Ziele oder Wirkungen müssen sinnvoll, klar formuliert und überprüfbar sein. Aus ihren klaren Zielvorgaben müssen messbare Erfolgskriterien und detaillierte Arbeitsziele abgeleitet werden.

Die Definitionen einzelner Arbeitsziele müssen v.a. aus der Sicht der Adressaten und Empfänger der Hilfen des DRK erfolgen und die von ihnen gewünschten und beabsichtigten Effekte beinhalten. Die Bedürfnisse der Adressaten haben dabei höchste Priorität. Dazu wiederum ist es unabdingbar, die von Empfängern und Adressaten erwarteten, gewünschten und benötigten Wirkungen zu kennen. Vor Erbringung von Hilfen muss das DRK zunächst fragen: „Was willst Du, das ich Dir tue?“ und anschließend das Urteil derer, denen es geholfen hat, ernst nehmen. Eine solche Erfolgskontrolle bewirkt, dass das DRK den Erfolg seiner Arbeit an der Umsetzung seiner eigenen Ziele und tatsächlichen Erfordernisse und Bedürfnisse misst.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2005 haben insgesamt 200 Leserinnen und Leser 9.130,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

### Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

In den letzten Jahren wurde Erfolg leider oft vorwiegend durch die Art und Weise einer Leistungserbringung, ihrer Dokumentation und ihrer Wirtschaftlichkeit erfasst. Die Annahme, in der Leistungserbringung selbst deren Effizienz und Effektivität messen zu können, ist falsch und muss durch eine Ziel- und Wirkungsorientierung ergänzt werden. Denn organisatorische Effizienz, die Erfüllung von Qualitätsstandards, funktionierende Benchmarks und Controllingssysteme sind lediglich Instrumente zur Erhaltung und Erreichung von Wirkungen unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Prinzipien. Selbst wenn all diese Instrumente zufriedenstellend funktionierten, könnten mit ihrer Hilfe nur Fragen nach dem „Wie“ des Zustandekommens der Leistungen und nach ihrer Wirtschaftlichkeit beantwortet werden – nicht aber die wichtigere Frage nach der Wirkung der Leistung.

## VI. Die spezifische Qualität des DRK

Für das DRK bedeutet eine konsequente Wirkungsorientierung auch eine Besinnung auf das, worum es ihm eigentlich gehen soll:

- Gelungene Teilhabe und Teilnahme am Leben
- Gut gepflegt, betreut und beraten werden
- Merkbare Linderung von Leid und Not
- Erfahrene körperliche und seelische Heilung
- Solidarität
- Zuwendung

Aus dieser Fokussierung auf Ziele, beabsichtigte und gewünschte Wirkungen, erwächst die Stärke des DRK. Ihm geht es eben nicht allein um die Erreichung wirtschaftlicher Ziele, sondern um das Wohl hilfsbedürftiger und benachteiligter Menschen – und damit das Wohl aller.

Nicht nur das DRK, sondern alle Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigen sich mit dieser Fokussierung. Gemeinsam haben sie vor einiger Zeit die qualitativen Besonderheiten der Wohlfahrtsverbände in ihrer Eigenschaft als Akteure im Bereich sozialer Dienstleistungen herausgestellt. Die Qualität der Arbeit der Wohlfahrtsverbände misst sich demnach an der Einhaltung und Erfüllung ihrer ethischen Grundlagen und Ziele: „Die Werteorientierung bildet die Grundlage des Handelns sowohl im Rahmen der Anwaltsfunktion wie auch

im Rahmen der Dienstleistungsfunktion der Wohlfahrtsverbände.“

Dies gilt es, im Blick zu behalten, und alle Qualitätsanforderungen, Qualitätssicherungs-, Qualitätskontroll- und alle Qualitätsmanagementsysteme als Instrumente der Ziel- und Wirkungsorientierung zur Einhaltung und Erfüllung ethischer Grundlagen und Ziele einzusetzen.

## VII. Ausblick

Das Präsidium des DRK hat nach Sammlung und Auswertung der in den verschiedenen Mitgliedsverbänden, Einrichtungen und Diensten der DRK-Wohlfahrtspflege angewandten Qualitätsmanagementsysteme am 11.03.2004 ein Grundlagenpapier „Anforderungen an das Qualitätsmanagement im DRK“ verabschiedet. Darin werden das Qualitätsverständnis des DRK, das Qualitätsmanagement (QM) im DRK und die Anforderungen an QM-Systeme im DRK beschrieben.

Wesentlich darin ist – im Sinne der oben beschriebenen Werteorientierung –, dass sämtliche Ziele, Maßnahmen, Leistungen, Prozesse und Strukturen und jegliches Qualitätsmanagement des DRK nicht Selbstzweck oder Ziel an sich sind, sondern Mittel zu dem Zweck, der sich aus dem Selbstverständnis des DRK ergibt. „Aus seinen Grundsätzen, seiner Satzung und seinem Leitbild ergeben sich besondere Ziele, denen die ausgewählten Qualitätsmanagementsysteme sowie die Art und Weise ihrer Anwendung entsprechen müssen.“

Gelingt es dem DRK durch ein so verstandenes und angewandtes Qualitätsmanagement seine Aufgaben qualitativ hochwertig, d.h. wirksam, wirtschaftlich und seiner Mission angemessen zu erfüllen, kann es sich im Spannungsfeld zwischen Ethik, Effektivität und Effizienz erfolgreich platzieren. Denn vom kommunalen Sozialausschuss, über Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene bis hin zu Verhandlungen mit Kostenträgern bieten sich dem DRK im Spannungsfeld zwischen Notwendigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit vielfältigere und mehr Gestaltungsmöglichkeiten, als wenn es nur aus Idealvereinen oder Wirtschaftsbetrieben bestünde.

*Dr. Rudolf Seitzers ist Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und Vizepräsident a. D. des Deutschen Bundestages*

*Dem DRK geht es eben nicht allein um die Erreichung wirtschaftlicher Ziele, sondern um das Wohl hilfsbedürftiger und benachteiligter Menschen – und damit das Wohl aller.*



## Ist Multi-Kulti am Ende? Keine Alternative zur Wertediskussion

Dr. Christine Schirmmayer

„Multi-Kulti“ – wir alle kennen dieses Schlagwort. Ein Begriff, der heute eher kritisch beäugt wird, aber in den

vergangenen Jahrzehnten zum guten Teil Leitlinie des Zusammenlebens von Christen und Muslimen in Europa war, auch wenn sich längst nicht alle über diese Prämisse im Klaren waren. Multi-Kulti – ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung, in die wir eher hineingestolpert sind, anstatt sie bewusst geplant und gesteuert zu haben. Eine Entwicklung, die sich zudem aus falschen Denkvoraussetzungen ergab, unter denen die muslimische Arbeitsmigration in Deutschland betrachtet wurde, sowie aus Gleichgültigkeit und Ignoranz.

### Hineingestolpert in die Geschichte

Die Geschichte des Islam in Deutschland beginnt mit dem Jahr 1961 – wenn wir einmal die Rekrutierung der zwanzig türkischen Soldaten, der „Langen Kerls“, in die Armee Friedrich Wilhelms I. 1731 außer acht lassen. 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland die ersten Anwerbeverträge mit Arbeitnehmern aus der Türkei. Die Mehrzahl der Familienväter stammte aus Anatolien. Wichtiger als eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung war der Gesundheitstest – einschließlich einer Überprüfung der Zähne – der vor der Einreise nach Deutschland absolviert werden musste. Viele Menschen kamen als ungelernete Arbeitskräfte, um das ungeheure Wirtschaftswachstum in Nachkriegsdeutschland weiter voranzutreiben, für das bei Vollbeschäftigung keine weiteren Arbeitsmarktreserven innerhalb der europäischen Grenzen mobilisiert werden konnte. Viele Männer kamen ohne Familie, als „Gastarbeiter“, mit dem erklärten Ziel, nach einigen Jahren mit etwas Wohlstand in die Heimat zurückzukehren.

Aber die wirtschaftliche und teilweise auch die politische Lage in der Türkei schien wenig viel versprechend, und als 1973 die Bundesrepublik einen Anwerbestopp erließ, den Familiennachzug aber weiter ermöglichte, kam es nicht zur Rück-

kehrbewegung. Im Gegenteil: viele der Ehefrauen und Kinder zogen den in Deutschland lebenden Vätern und Ehemännern nach. So wuchs die zweite Generation muslimischer Zuwanderer in Deutschland auf. Durch eine im Vergleich zur deutschen Bevölkerung höhere Geburtenrate, durch Flüchtlingsströme aus verschiedenen islamischen Ländern (vor allem dem Balkan, dem Iran und einigen arabischen Ländern), durch Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge wuchs die Zahl der Muslime in Deutschland auf heute etwa 3,2 Mio. Menschen an.

Die Geschichte des Islam in Deutschland beginnt also nicht mit dem 11. September 2001, sondern vor rund 45 Jahren – nicht allen ist das wirklich bewusst. In diesen Jahren haben sich wenige ausgesprochene, aber umso mehr unausgesprochene Leitlinien des Zusammenlebens verfestigt.

### Falsche Denkvoraussetzungen mitgebracht

Zur heutigen Problemlage trägt auch bei, dass die erste Phase des Zusammenlebens ab 1961 von vielen falschen Denkvoraussetzungen begleitet wurde: So z. B. in den ersten beiden Jahrzehnten von der Annahme, dass die muslimischen „Gastarbeiter“ bald in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Diese Annahme erwies sich insgesamt als falsch – das wurde aber nur sehr zögerlich zur Kenntnis genommen. Später, in den 80ern ging man mehr oder weniger unausgesprochen davon aus, dass die Integration derer, die bleiben würden, sich quasi von selbst vollzöge – wieder eine Fehlannahme. Ja, noch in den 90ern vertraten politische Verantwortungsträger teilweise sehr offensiv die These, dass die Zuwanderer einer muslimisch geprägten Kultur in der zweiten, spätestens dritten Generation sich so „assimiliert“ haben würden (O-Ton eines damaligen Gesprächspartners), dass ihr türkischer oder arabischer Hintergrund gar nicht mehr ins Gewicht fiel und dass ihre Herkunft schon bald nicht mehr erkennbar sei. Auch das war eine Fehlannahme, wie heute nur allzu offensichtlich ist.

Die deutsche Sprache würde die zweite, spätestens dritte Generation fehlerfrei und selbstverständlich beherrschen, eine gesonderte Sprachförderung sei nicht erforderlich – schon wieder eine Fehlannahme. Und schließlich wurde mehr oder weniger offiziell gemutmaßt, dass der Islam als Religion und die mit ihm begründeten kulturellen Werte für die Integration der Zuwanderer und das Zusammenleben von Christen und Muslimen keine nennenswerte Rolle spielten, ja

„Wer die eigene Geschichte und Identität leichtfertig über Bord wirft, hat sich selbst bereits aufgeben und wird morgen in einer zerfallenden Werteordnung leben, in der sich parallele Werte- und Rechtssysteme etablieren.“

dass die Religion des Islam bald ebenso „aufgeklärt“ ein Randdasein führen würde wie das Christentum in den westlichen Gesellschaften. – Diese Denkvorsetzungen auch nur in Frage zu stellen, galt im besseren Fall als politisch unkorrekt, im schlechteren Fall als ausländerfeindlich.

### Gleichgültigkeit und Ignoranz gepflegt

Zu dieser nicht gesteuerten Entwicklung und den falschen Denkvorsetzungen traten Gleichgültigkeit und Ignoranz, und zwar auf politischer wie persönlicher Ebene. Eine Beschäftigung mit den sich anbahnenden Problemfeldern blieb lange aus, die durch den dauerhaften Verbleib, den weiteren Zuzug und das sich selbst Überlassenbleiben der muslimischen Gemeinschaften entstand. Wenn man sich doch dieser Thematik annahm, dann meist zaghaft und halbherzig. In diesen ersten 20, 30 Jahren wurde nicht erkannt, dass die zweite und dritte Generation der Arbeitsmigranten besondere Förderkonzepte gebraucht hätte, dass auf der anderen Seite aber auch an manchen Stellen Moscheekulturen und politische Netzwerke entstanden, die in mancher Beziehung die Grundlagen der westlichen Gesellschaft massiv in Frage stellten. Aber da man weder religiös-rechtliche noch kulturell-gesellschaftliche Unterschiede zur Mehrheitsgesellschaft ausmachte, durfte es ja auch keinen besonderen Handlungsbedarf geben.

Auch aus diesem Grund wurde die Aufgabe der Integration fast lautlos den Schulen zugewiesen, wo diese Eingliederung der Arbeitsmigranten ohne viel Aufheben vonstatten gehen sollte. Die Lehrer sollten – zumeist ohne zusätzliches Zeitbudget, ohne gesonderte Hilfsmittel und befähigende Ausbildung – die Integrations-, Kultur- und Sprachdefizite der muslimischen Kinder gewissermaßen nebenbei auffangen und sie auf den Wissensstand der übrigen Klasse bringen. Mag das auch an manchen Stellen mit sehr viel Einsatz für einzelne Kinder bewältigt worden sein, musste dieses Modell spätestens dann scheitern, wenn nicht mehr ein oder zwei, sondern 15, 20 oder 25 Kinder ohne Deutschkenntnisse in einer Regelklasse zusammenkamen. Viel zu lange hat man darauf gewartet, dass diese Extraanstrengungen des Deutschunterrichts „nebenher“ überflüssig würden, wenn endlich die Enkel der ersten Zuwanderer „von selbst“ gut deutsch sprechen würden. Erst

heute hat man in vollem Umfang erkannt, dass das ohne zusätzliche Förderkonzepte nie der Fall sein wird. Aber auch abseits der großen Politik war auf der ganz persönlichen Ebene kaum eine andere Haltung zu verzeichnen. Muslimische Zuwanderer blieben auch in dritter Generation „Fremde“ in diesem Land, „die Ausländer“ oder „die Türken“, die öfter mal mit der Frage angesprochen wurden: „Du sprichst aber gut Deutsch. Wann gehst du denn zurück?“ und dann irritiert zurückfragen konnten: „Wohin zurück? Ich bin doch in Deutschland geboren und besitze einen deutschen Pass.“ Zu der fehlenden Bereitschaft zur Begegnung zwischen den Menschen so unterschiedlicher Welten auf beiden Seiten kamen falsche oder gar keine Vorstellungen über die islamische Religion, Tradition, Erziehungswerte und Kultur.

Heute sind die Probleme, die daraus erwachsen sind, nur allzu offensichtlich. Vieles ist hinreichend bekannt:

- Die Sprachproblematik hat sich nicht von selbst erledigt: Im Gegenteil, die dritte Generation muslimischer Migrantenkinder spricht zu großen Teilen schlechter deutsch als ihre Eltern und Großeltern.
- Die Integration hat sich ebenfalls nicht von selbst ergeben. Auch in Deutschland eingebürgerte Migranten sind im Bewusstsein der Mehrheitsbevölkerung bis heute vielfach „Ausländer“ geblieben. Sie sind nie willkommen geheißen, nie als Nachbarn und Freunde aufgenommen worden. Sie sehen sich selbst als Verachtete, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Nach Deutschland verpflanzt durch eine Entscheidung ihrer Eltern oder Großeltern, sind sie emotional bis heute nicht in Deutschland angekommen. Manche von ihnen wollen heute auch keine Anstrengungen mehr in diese Richtung unternehmen.
- Anstatt dass die Integration Fortschritte machte, hat sich ein großer Teil der muslimischen Migrantengemeinschaft immer stärker in eigenen Stadtvierteln konzentriert und in die Moscheen und den eigenen Sprach- und Kulturraum zurückgezogen.

### Nicht-Integration gerntet

Die Folgen einer Integration, die aufs Ganze gesehen, nicht stattgefunden hat, treten heute an vielen Stellen offen zu Tage:

*Zu der fehlenden Bereitschaft zur Begegnung zwischen den Menschen so unterschiedlicher Welten auf beiden Seiten kamen falsche oder gar keine Vorstellungen über die islamische Religion, Tradition, Erziehungswerte und Kultur.*

**Bei Frauen...**

So hat sich z. B. die Geschlechterproblematik sowohl in Bezug auf Mädchen und Frauen wie auch hinsichtlich der jungen Männer verschärft. Für junge Frauen insofern, als dass nicht nur die Zahl der Kopftücher unter muslimischen Migrantinnen deutlich zugenommen hat, sondern auch dadurch, dass sie weitaus früher getragen werden, ja oft sogar früher, als in den islamischen Herkunftsländern, in denen das Kopftuch vor der Pubertät unüblich ist. Gerade in Berlin – aber auch in anderen städtischen Ballungszentren – beobachten Sozialarbeiter und Lehrer zunehmend, dass schon sechs- bis achtjährige Mädchen beginnen, den Schleier zu tragen,

vom Schulsport und Klassenfahrten abgemeldet werden, nicht Fahrradfahren dürfen und sich auch nicht ungehindert im Freien bewegen können.

Auch die Zahl derer, die auf Druck politischer muslimischer Gruppierungen veranlasst werden, das Kopftuch zu tragen, nimmt zu. Mädchen ohne Verhüllung werden von anderen Muslimen in ihrem Wohnquartier teilweise angefeindet, kontrolliert und bedroht oder offen als „Huren“ beschimpft. Die islamische Kleiderordnung und mit ihr die islamische Morallehre gewinnen an Boden – mitten in Deutschland.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 22. 2. 06

## Zu den jüngsten Christenverfolgungen

**Anlässlich der jüngsten Christenverfolgungen und Pogrome gegen Kirchen in mehreren muslimischen Ländern erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:**

„Die gewalttätigen Ausschreitungen eines hasserfüllten und blindwütigen Mobs in mehreren islamischen Ländern haben nun auch die ersten Menschenleben gefordert. Die schändlichen Verbrechen in Nigeria und Pakistan richteten sich dabei gezielt gegen Christen und christliche Kirchen. Unter den Todesopfern in der nigerianischen Stadt Maiduguri waren drei Kinder und ein katholischer Priester.

Dieser Umstand ruft uns in alarmierender Weise in Erinnerung, dass es in nahezu allen Ländern, in denen der Islam herrscht, zu massiver Unterdrückung des christlichen Glaubens bzw. anderer Religionen, aber auch immer wieder zu regelrechten Verfolgungen und Pogromen gegen die Kirchen kommt. Unseren verfolgten christlichen Schwestern und Brüdern sowie ihren Angehörigen werden wir fürbittend gedenken. Wir müssen aber auch in gleicher Weise politisch gezielt darauf hinwirken, den Druck auf all diejenigen Staaten und Regime zu erhöhen, in denen solche Gräueltaten leider allzu oft an der Tagesordnung sind bzw. nicht selten auch System und Tradition haben.

Die unterdrückerischen Zustände in den meisten muslimischen Ländern, die Missachtung der Religionsfreiheit, die Ungleichbehandlung der Frau und die Abwesenheit eines freiheitlich-demokratischen Rechtssystems sind international nicht länger hinnehmbar. Das gilt übrigens auch für die Türkei, die sich anschickt, Mitglied der EU werden zu wollen. In ihr herrscht nach wie vor keine Religionsfreiheit, und Christen werden im Alltagsleben bis heute massiv diskriminiert und benachteiligt.

Der Dialog mit den Muslimen in unserem Land ist von großer Bedeutung. Er muss von uns aber auf einem klaren Wertefundament geführt werden. Von der großen Zahl der friedlich in unserem Lande lebenden Muslime erwarten wir, dass sie sich von denjenigen in überzeugender Weise abgrenzen, die in Gesinnung, Wort oder Tat meinen, an den Grundfesten unseres freiheitlich-demokratischen Staates und unseres sowohl christlich-abendländisch als auch durch die Aufklärung geprägten Wertesystems rühren zu können.“

Zwangsehen sind auch unter der dritten Generation keine Ausnahme. Z. T. werden die „Importbräute“ aus der ländlichen Türkei nach Deutschland gebracht, um dem eigenen Sohn ein „sauberes“ und fügsames Mädchen aus der Verwandtschaft zu vermitteln. Gerade diesen Frauen der dritten Generation gewähren konservative Ehemänner oft weniger Freiheits- und Persönlichkeitsrechte als ihre Mütter und Großmütter in Deutschland genossen, die nicht selten erwerbstätig waren. Ihre Kinder werden wieder zwischen zwei sehr unterschiedlichen Welten zerrissen sein, da sie von ihren Müttern aus der ländlichen Türkei nach türkischen Erziehungsidealen und ausschließlich mit der türkischen Sprache erzogen werden und am ersten Schultag wiederum kein Wort Deutsch sprechen.

Und auch das Thema der Ehrenmorde ist von trauriger Aktualität. Leider sprechen wir nicht über eine längst überholte Sitte von vor 1.000 Jahren, sondern über eine Praxis inmitten der Großstädte Deutschlands. Das letzte Opfer, Hatun Sürücü, wurde im Februar 2005 in Berlin auf offener Straße von ihren Brüdern erschossen, weil sie „lebte wie eine Deutsche“ und „eine Schlampe“ war, die „es nicht besser verdient hatte“ (O-Ton einiger Jugendlicher aus der türkischen Gemeinschaft). Die Zahl der Ehrenmorde scheint in der dritten Generation eher zuzunehmen, wenn die zwischen zwei Welten aufgewachsenen muslimischen Frauen es heute wagen, sich z. B. den Heiratsplänen ihrer Familie zu widersetzen.

Um die verletzte Ehre der muslimischen Weltgemeinschaft, die der Koran bezeichnet als „die beste Gemeinschaft, die je unter Menschen entstanden ist“ (Sure 3,110), geht es auch bei manchen Konflikten zwischen der islamischen und westlichen Welt, zum Teil auch bei den Auseinandersetzungen um die im September 2005 erstmals veröffentlichten Karikaturen der dänischen Zeitung „Jyllands Posten“. Aber die Ehre spielt auch für die muslimische Wut auf die Folderskandale im Gefängnis des irakischen Abu Ghraib eine Rolle, denn die Demütigung und der Gesichtsverlust vor der ganzen Welt wiegen noch schwerer als alles andere. Und Usama bin Laden genießt auch deshalb die Sympathien so vieler Muslime unterschiedlichster Herkunft und Ausrichtung, weil er in den Augen vieler die in den Staub getretene Ehre der islamischen Welt wieder hergestellt hat, indem er gegen die fortgesetzte Unterdrückung und der muslimischen Welt zugefügte Schande aufbegehrte und der westlichen Supermacht der USA die Stirn bot.

### ... und Männer

Aber auch die jungen Männer sind bei der nicht in Angriff genommenen Integration auf der Strecke geblieben: Manche Studien bezeichnen gerade sie als die eigentlichen Verlierer der Zuwanderung. Viel zu viele fühlen sich weder in Deutschland noch im Land ihrer Eltern und Großeltern akzeptiert. In der eigenen Familie oft verhätschelt und vernachlässigt zugleich, sind sie besonders häufig von schulischem Scheitern betroffen. Das auch deshalb, weil sie meist wenig Unterstützung und Förderung von zu Hause erhalten – gerade die PISA-Studien haben verdeutlicht, wie entscheidend das familiäre „Bildungsklima“ für den Lern- und Schulerfolg eines Kindes doch ist. Viel zu oft verlassen Migrantenkinder die Hauptschule ohne Abschluss (in manchen Stadtteilen Berlins bis zu 70%) oder müssen aufgrund zu häufiger Wiederholungen der einzelnen Klassen sogar auf die Sonderschule wechseln. Der Erfolglosigkeit in Schule und Beruf steht die eigene Familie als Schutz- und Rückzugsraum gegenüber: sie sorgt für sie, entschuldigt und verteidigt sie häufig, wenn sie vor Gericht unter Anklage stehen und ist ihnen dadurch oft keine Hilfe bei dem Prozess, sich rückhaltlos mit den Realitäten des Lebens und ihrer Zukunft in Deutschland auseinanderzusetzen; einem Land, in dem Bildung und berufliche Qualifikation – nicht Verwandtschaft und Beziehungen – zu den Grundvoraussetzungen zu Fortkommen und Aufstieg gehören.

Ohne Schulabschluss keine Berufsausbildung: Kein Wunder, dass gerade junge Männer von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. 65% der Migrantenfamilien sollen laut Statistik unter oder knapp über der Armutsgrenze leben. Also hat der soziale Aufstieg von der ungelerten Arbeitskraft der Anwerbe-generation bis zur dritten Generation noch nicht funktioniert. Auch in Bezug auf die deutsche Gesellschaft hat sich ja längst gezeigt, dass niedrige Einkommen, ein schwach ausgeprägter Bildungshintergrund und der dauerhafte Empfang von Sozialhilfe mit großer Wahrscheinlichkeit an die nächste Generation vererbt werden. Nach einem sozialen Aufstieg sieht es auch derzeit innerhalb der Migrantengemeinschaft nicht aus; eine Situation, die natürlich durch die gegenwärtige Arbeitsmarktlage nicht verbessert wird.

Wer sich ohne Hoffnung auf eine Arbeit die Zeit vertreibt, wem Anerkennung und ein Platz in der Gesellschaft fehlt, wird vielleicht das schnelle Geld im Drogen- oder Zuhältergeschäft wittern, sich einer Gang anschließen oder sich mit einer anderen Straßenkämpfe liefern. Stärke demons-

*Hatun Sürücü wurde im Februar 2005 in Berlin auf offener Straße von ihren Brüdern erschossen, weil sie „lebte wie eine Deutsche“ und „eine Schlampe“ war, die „es nicht besser verdient hatte“.*

trieren und Gewalt mit Waffen oder Fäusten einzusetzen ist leider im Vergleich zur angestammten deutschen Bevölkerung in Migrantenfamilien viel häufiger Alltag; manchmal wird sogar in den Koranschulen geschlagen. Gewalt und Stärke sind Kennzeichen der patriarchalisch geprägten Gesellschaft, sind hier Beweis für Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen.

Und auch bei der Gewalt gegen die eigene Mutter und Schwester liegt nach neuesten Studien die Zahl derer, die sie zu Hause erlebt haben, bei Migrantenkindern um ein Vielfaches höher als in Familien ohne Migrationshintergrund. Natürlich wird den Jugendlichen dabei auch ein bestimmtes Frauenbild vermittelt und die tägliche Geringschätzung und Verachtung der Frau als eigenständige Persönlichkeit verinnerlicht. Gewalt wird so als legitimer Weg zur Konfliktlösung erlebt.

*Die Zahl derer, die den Koran und die Demokratie für unvereinbar miteinander halten, nimmt ebenso zu wie der Einfluss islamistischer Gruppierungen, die die Jugendlichen über die Moscheen und die dortigen Freizeitbeschäftigungen erreichen.*

Immer häufiger fühlen sich junge Männer als Muslime und Türken in dieser Gesellschaft zurückgewiesen, benachteiligt und diskriminiert und reagieren ihrerseits mit einer grundsätzlichen Ablehnung dieser Gesellschaft, die sie immer stärker als rassistisch beurteilen. Die Zahl derer, die den Koran und die Demokratie für unvereinbar miteinander halten, nimmt ebenso zu wie der Einfluss islamistischer Gruppierungen, die die Jugendlichen über die Moscheen und die dortigen Freizeitbeschäftigungen erreichen. Wenn ihnen in jungen Jahren in dieser Situation der türkische Nationalismus, der Islam als die allen anderen überlegene Religion und der Westen als gottlos und verdorben vermittelt werden, dann setzt immer häufiger eine Radikalisierung ein, die ein Bemühen um diese Jugendlichen in Schulen, Sozialprojekten oder einer offenen Jugendarbeit fast aussichtslos erscheinen lässt.

Diese Jugendlichen sind in einer rein türkischen oder arabischen Familie und Wohngegend groß geworden. Niemand hat ihnen die Normen und Werte dieser Gesellschaft je vermittelt, geschweige denn, die weltanschaulichen Grundlagen dieser Kultur und Geschichte. Diese Entwicklung muss zu großer Besorgnis Anlass geben, ist doch die Zahl von rund 800.000 Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund viel zu hoch, um die gegenwärtigen Symptome als Randerscheinungen weiter vernachlässigen zu können.

### Heute: Ursachenforschung betreiben

Die geschilderte Situation muss nachhaltig zu denken geben. Sie wird sich nicht von selbst entspannen und die Probleme werden nicht ohne

unserer aller massiver Anstrengungen gelöst werden können. Gut, dass endlich eine offenere Erörterung der gegenwärtigen Lage begonnen hat, denn nur eine fundierte, möglichst scheuklappenfreie Sachdiskussion wird auch Sachlösungen zu Tage fördern können.

Allerdings wird die Diskussion über die gegenwärtigen Schwierigkeiten allein – so wichtig sie als ein erster Schritt ist – nicht ausreichen. Wir werden eine Schicht tiefer bohren und auch über die zugrunde liegenden Ursachen für die gegenwärtige Problemlage sprechen müssen: über die Grundlagen der westlichen Kultur und Zivilisation sowie über die nahöstliche Kultur und Gesellschaftsordnung, aber auch über die Fundamente der islamischen Religion, nicht ohne dabei zu berücksichtigen, dass Religion, Tradition und Kultur nicht immer glasklar voneinander zu trennen sind.

Nur eine fundierte Ursachenforschung wird Wege zur konstruktiven Integration eröffnen: Wer nicht definieren kann, was die tragenden, unverzichtbaren Fundamente der eigenen Kultur und Wertegemeinschaft sind, dem muss zwangsläufig unklar bleiben, was er von der Zuwanderergemeinschaft einfordern kann und wo er die kulturelle Vielfalt als Bereicherung des eigenen Horizontes genießen kann.

Die gegenwärtige Problemlage drängt der westlichen Gesellschaft also die Wertediskussion geradezu auf, ja offenbart deren bisherige Vermeidung. Nur wenn die westliche Gesellschaft sich dieser längst überfälligen Wertediskussion ehrlich stellt, wird sie die gegenwärtige Krise dauerhaft gewinnbringend bewältigen können – andernfalls wird es bei oberflächlichen Schönheitsreparaturen bleiben. Von daher ist die gegenwärtige Krise gleichzeitig eine Chance zur Standort- und Zielbestimmung.

### Den Islam in seiner Gesamtheit wahrnehmen

In Bezug auf den Islam in Deutschland ist daraus z. B. die Notwendigkeit abzuleiten, den Islam in seiner ganzen Bandbreite so wahrzunehmen, wie er sich selbst versteht: als vitale, richtungweisende Religion, aber eben nicht nur als Religion, sondern auch als Gesellschaftsordnung, die für manche muslimischen Kräfte auch eine politische Dimension besitzt.

Wer den heutigen Islam in Deutschland begreifen will, muss sich mit seiner Geschichte und

Theologie auseinandersetzen, mit dem Stifter des Islam, dem Propheten Muhammad, dem Heerführer, Gesetzgeber und Gemeindeführer in einer Person. Wer die Bedeutung Muhammads für heutige Muslime verstehen will, wird aus der Geschichte und Theologie erfahren, dass er als der von Gott gesandte, letzte Prophet der Geschichte schon zu seinen Lebzeiten in allen weltlichen wie geistlichen Handlungen als unhinterfragbares Vorbild galt und der Koran als wortwörtlich von Gott inspirierte Botschaft bis heute keiner historischen Kritik unterzogen wurde.

Wer den Palästina-Konflikt in seiner geschichtlich-theologischen Dimension begreifen und antisemitische Äußerungen heutiger muslimischer Theologen und Meinungsführer einordnen will, muss wissen, wie negativ der Koran die damalige jüdische Gemeinschaft – aus den Kämpfen Muhammads mit den jüdischen Gruppierungen heraus – beurteilt. Dass der Koran zwar die Religion der Christen zu Beginn der Verkündigungszeit Muhammads respektiert, aber zum Ende seines Lebens immer stärker als verfälscht beurteilt. Ausgehend von diesen Aussagen des Korans muss eine Beschäftigung damit stattfinden, welche Bedeutung diesen Verse in heutigen Moscheepredigten beigemessen werden und zu welchen Handlungen Muslime dort aufgerufen werden. Und wer die heftigen weltweiten Reaktionen bis hin zu Zerstörung und Mord an Unbeteiligten auf die zunächst unscheinbaren Karikaturen Muhammads in einer dänischen Zeitung einordnen will, muss wissen – neben der Tatsache, dass diese weltweiten Unruhen mit Falschinformationen gezielt geschürt wurden – dass Muhammad auf die Verspottung seiner Person durch die jüdische Gemeinschaft von Medina ab 624 n. Chr. mit Racheefeldzügen und Vergeltung antwortete – so zumindest die islamische Überlieferung.

Wenn wir vom Islam in Deutschland sprechen, so ist bisher zu wenig berücksichtigt worden, dass wir es nicht nur mit einer in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinschaft zu tun haben, sondern auch indirekt mit politischen Parteien, Ideologien, Theologen und Bewegungen aus den islamischen Herkunftsländern, die über die Moscheen, islamischen Zentren und die Medien teilweise großen Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft in Deutschland ausüben. Die Literatur muslimischer Rechtsgutachter (Muftis) und Theologen ist in zahlreichen Moscheen auf Deutsch erhältlich, ihre Predigten werden auf Kassetten verkauft oder ihre Meinungen zu hiesigen Angelegenheiten über Internet und E-Mail abgefragt. Wer in den arabischen Ländern Ein-

fluss auf die dortige islamische Gemeinschaft ausübt, wird diesen Einfluss in gewisser Weise auch auf europäische Muslime ausüben, denn die hiesigen Gruppierungen spiegeln die dortige theologische, nationale und ideologische Vielfalt wider und die Verbindungen sind z. T. sehr intensiv. Wollen wir also die muslimische Gemeinschaft in Deutschland verstehen, muss sich unser Blick gleichzeitig auf die muslimischen Herkunftsländer richten.

Um mit der Integration Fortschritte zu erzielen, muss unser Augenmerk also dem Islam in seiner historischen, theologischen, kulturellen und politischen Tragweite gelten. Blenden wir einen Aspekt aus, wird unsere Analyse von unvollständigen Grundannahmen ausgehen. In der gegenwärtigen Situation sind die mit dem Islam begründeten gesellschaftlichen Werte von besonderer Tragweite, wurzeln aber letztlich im islamischen Recht, der Tradition und Theologie.

### Grundlagen der europäischen Kultur und Zivilisation benennen

Gerade weil der Islam eindringlich die Frage nach den kulturellen, politischen und religiösen Werten dieser Gesellschaft stellt, ist es an der Zeit, über tragfähige Antworten nachzudenken. Über die Antworten nämlich, denen wir bisher teils aus Bequemlichkeit, teils aus Unkenntnis, teils aus einer Verweigerungshaltung aus dem Weg gegangen sind, die aber unausweichlich gegeben werden müssen, um die gegenwärtige Situation zum positiven zu wenden. Soll das gelingen, muss zunächst ein „Kassensturz“ gemacht werden, und zwar sowohl über die der heimischen wie der Migrantenkultur zugrunde liegenden Werte.

Wer über die Wurzeln der europäischen Kultur und Geschichte nachdenkt, hat sich damit weder für eine Über-Kultur noch für die Schaffung einer Monokultur ausgesprochen. Sich mit den eigenen Wurzeln auseinanderzusetzen, ist vielmehr ein Zeichen echter Toleranz und Aufgeschlossenheit: Wer keine Klarheit über sich selbst gewinnt, wird auch anderen nicht in Offenheit und Freiheit begegnen können. Weltoffenheit ist gefragt – und dies umso mehr im Zeitalter der Globalisierung – aber doch eine Weltoffenheit, die sich ihrer eigenen Geschichte und Tradition bewusst ist. Kulturelle Stärke kann nur aus einem Bewusstsein für die eigenen Werte, ihre Geschichte und Tradition kommen. Die Alternative wäre Selbstaufgabe durch halt- und grenzenlose Bewunderung – und das darauf folgende Aufgehen

*Wer keine Klarheit über sich selbst gewinnt, wird auch anderen nicht in Offenheit und Freiheit begegnen können.*

in der Zuwandererkultur – oder aber die völlige Ablehnung all dessen, was da als „Fremdes“ hineinwirken mag. Beides sind aber keine gangbaren Wege in die Zukunft.

### Eckpunkte des jüdisch-christlichen Erbes erkennen

Wer die europäische Kulturgeschichte betrachtet, wird erkennen, dass diese ganz wesentlich auf ihrem jüdisch-christlichen Erbe sowie auf der Aufklärung gründet. Welcher konkrete Gewinn ist aus dieser zunächst abstrakten Erkenntnis zu ziehen?

Je grundsätzlicher diese Frage angegangen wird, je deutlicher werden die eigentlichen Wegkreuzungen erkannt werden:

### Gewaltenteilung und Gleichheit vor dem Gesetz

Da ist zunächst einmal die Gewaltenteilung, eine wesentliche Voraussetzung westlicher Rechtsstaatlichkeit. Sie ist keineswegs Zufallsprodukt einer sich am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit modernisierenden Gesellschaft und auch nicht die notwendige Folge aufklärerischer Befreiung von den „Fesseln der Kirche“. Die Trennung von Exekutive und Legislative ist vielmehr als Bestandteil des jüdisch-christlichen Erbes schon im Alten Testament angelegt und wird im Neuen Testament bestätigt und verfestigt. Eng damit in Zusammenhang steht die Trennung von Kirche und Staat, des weltlichen und religiösen Bereiches, die in der christlichen Kirchengeschichte durchaus nicht immer praktiziert wurde. Klassisch wird das in dem Aufruf Jesu formuliert, dem Kaiser und Gott jeweils das Seine zu geben (Matthäus 22,21).

Die wichtigste Folge davon, dass schon zu alttestamentlichen Zeiten in Israel die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, zwischen dem Priester, dem Verkünder der Gesetze Gottes, und dem König, existierte, war vielleicht, dass der König nicht das Gesetz erließ, sondern ihm vielmehr unterstand. Brach er das Gesetz – und das Alte Testament enthält zahlreiche Berichte über machtversessene, korrupte, gesetz- und gottlose Könige – wurde er von einem Propheten an das Gesetz Gottes erinnert und zur Rechenschaft gezogen. Das vielleicht berühmteste Beispiel dafür ist die Erzählung von König David, der glaubte, seine Macht für Ehebruch und Mord missbrauchen zu können, weil er der mächtigste Mann Israels war. Der Prophet Nathan jedoch konfrontiert ihn schonungslos mit seiner

Schuld, für die er mit dem Tod seines ersten Sohnes bezahlen muss (2. Samuel 11 + 12). Daraus wird im Alten und im Neuen Testament immer wieder die Lehre gezogen: „Es gibt kein Ansehen der Person bei Gott“ (2. Chronik 19,7 u.v.a.m.).

### ... in westlichen Gesellschaften

Man kann diese Geschichte als unbedeutend abtun – dennoch zeichnet sie eine der Grundlagen unserer Staatsauffassung und unseres Rechtsempfindens. Nur wenn der Vertreter der Staatsgewalt selbst unter, nicht über dem Gesetz steht, kann es eine Berufungsmöglichkeit des Bürgers gegen den Staat geben. Nur dort wächst eine gesunde Mündigkeit gegen ein Übermaß an Autorität oder Machtmissbrauch. Nur derjenige, der den Staat gegen den Staat anrufen kann und den Verwalter der Gesetze an ihre Einhaltung erinnern darf, der ihn zur Rechenschaft auffordern oder sogar Klage gegen ihn führen kann, ist ein freier Bürger, der eine eigene Würde als Individuum besitzt und nicht nur ein Untertan. Nur dann, wenn es zur Staatsgewalt ein Gegengewicht gibt – die Möglichkeit zur Berufung an höchste Stelle – kann Gerechtigkeit und eine dem Gesetz verpflichtete Rechtsprechung entstehen. Hand in Hand damit geht das Verbot – das auch bereits das Alte Testament formuliert (2. Mose 23,8) – Bestechung anzunehmen, das Recht also käuflich zu machen – das Einfallstor für Unrecht schlechthin.

Wenn eine Person des öffentlichen Lebens sich Dinge herausnimmt, die keinem einfachen Bürger möglich wären – wie Steuerhinterziehung im Millionenbereich oder die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Vorteilen – rebelliert der Bewohner der westlichen Hemisphäre. Warum nur? Ist es nicht zulässig, dass diejenigen, die hart arbeiten und viel Verantwortung tragen, auch umfangreichere Rechte genießen? Dass das nach wie vor nicht die überwiegende Überzeugung und öffentliche Meinung ist, sondern für solche Gesetzesbrecher auch in höchster Position eine gerechte Bestrafung erwartet wird, ist vor allem in den christlichen Grundwerten unserer Gesellschaft – der Gleichheit aller vor dem Gesetz unabhängig von Ansehen und Stellung – zu suchen.

### und in islamischen Ländern

Ohne in einem schwarz-weiß-Gemälde behaupten zu wollen, dass in westlichen Staaten das Recht nach diesen Grundsätzen in vollkommener Weise umgesetzt würde, wird doch der Gegensatz zu anderweitigen Verhältnissen bei einem Blick auf die Grundlagen anderer Kulturen überaus deutlich. Ist es bloßer Zufall, dass keines der

*Ist es bloßer Zufall,  
wenn heute kein  
islamisches Land ein  
Berufungsrecht des  
Bürgers gegen den  
Staat im eigentlichen  
Sinne kennt?*

arabisch-islamischen Kernländer heute als Rechtsstaat bezeichnet werden kann?

Ausgehend von unserer ursprünglichen Überlegung, dass Gewaltenteilung Rechtsstaatlichkeit ermöglicht, ist zunächst festzustellen, dass in der urislamischen Gemeinde in der Person Muhammads ebenso wie bei seinen Nachfolgern, den Kalifen, einer solchen Gewaltenteilung gerade eine Absage erteilt wurde: Muhammad war als religiöser Führer seiner Gemeinde und Übermittler der göttlichen Botschaft zugleich Gesetzgeber in weltlichen Belangen sowie Heerführer und Feldherr. Es ist das weltweite Ziel islamistischer Bewegungen, diese urislamische Einheit von Staat und Gemeinde wiederherzustellen und die islamische Gemeinschaft unter der Führung eines Kalifen zu vereinen.

Wie steht es mit der Position Muhammads zum islamischen Gesetz, das er selbst seiner Gemeinde verkündete? Auch muslimische Theologen bestreiten nicht, dass sich Muhammad in verschiedenen Situationen über statt unter das Gesetz stellte bzw. für seine eigene Person nur für ihn geltende Offenbarungen in Anspruch nahm und auf diese Weise für sich selbst Sonderrechte begründete (z. B. in Bezug auf die Vielzahl seiner Frauen, den Bruch von Friedensverträgen oder eine für jeden anderen verbotene Ehe mit seiner Schwiegertochter Zainab).

Ist es bloßer Zufall, wenn heute kein islamisches Land ein Berufungsrecht des Bürgers gegen den Staat im eigentlichen Sinne kennt? Dass zwar hier und da Zugeständnisse in Bezug auf offensichtliches Unrecht gemacht werden (wie etwa in Form der 2004 von König Mohammed VI eingesetzten „Versöhnungskommission“ zur Untersuchung der Menschenrechtslage in Marokko), dass der einfache Bürger jedoch kaum gegen einen meist als übermächtig erfahrenen Staat vorgehen und Gerechtigkeit einklagen kann? Dass willkürliche Verhaftung, unbegrenzte Gefangennahme ohne Prozess und anwaltliche Verteidigung, ja dass übermächtige staatliche Gewalt in Form von Folter und Willkür vielerorts an der Tagesordnung sind? Dass die Frage, wer die Willkür des Staates und die Macht der Mächtigen zu spüren bekommt, eher von seiner gesellschaftlichen Stellung, seinen verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zu den Mächtigen des Landes sowie seinen finanziellen Möglichkeiten abhängt, wenn es um die Frage von Recht und Unrecht geht? Und dass all dies in besonderer Weise in den Ländern der Fall ist, die sich auf die gänzli-

che Einführung der Scharia als Gerechtigkeit schaffendes Gottesgesetz berufen?

Ist es Zufall, dass in so vielen islamischen Ländern ein Prozessausgang so oft unvorhersagbar ist und jede Wendung – z. B. Freispruch ebenso wie Todesstrafe im Fall von Abfall vom Islam – bis zum Tag des Urteils möglich scheint? Dass das Recht vielerorts so leicht zu beugen zu sein scheint, dass es in vielen Gesellschaften für den Selbsterhalt unabdingbar ist, staatliche Stellen auf der Suche nach Gerechtigkeit gerade zu vermeiden – z. B. gerade dann, wenn eine Frau eine Vergewaltigung anzeigen will – und nicht dort um Hilfe und Beistand zu bitten, wo dem Bittsteller noch größeres Unrecht geschehen kann? Dass der einfache Mann auf der Straße einen Polizisten nicht in erster Linie als Vertreter von Recht und Gerechtigkeit erlebt, sondern nicht selten als jemand, der ihn dem Unrecht erst ausliefert?

### Gewaltmonopol und Vergeltung

Zur Gewährung von Sicherheit und der Schaffung von Gerechtigkeit in einer Gesellschaft gehören auch die Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates und die konsequente Absage an jegliche Privatrache, vor der schon das Neue Testament warnt (Römer 13). Privatrache lässt Unrecht eskalieren, nimmt unweigerlich Unschuldige in Sippenhaft und führt zur Auflösung rechtsstaatlicher Strukturen, wenn andere anstelle des an seine eigenen Gesetze gebundenen Staates nach eigenem Ermessen Unrecht vergelten.

Sippenhaft und stellvertretende Vergeltung hat es in vielen Gesellschaften gegeben, nicht zuletzt auch zur Zeit des Dritten Reiches. Sie ist immer Zeichen von Willkür, zumal es offensichtlich in der Natur der Sache liegt, die theoretische Bedingung von eindeutig feststellbarem Unrecht und seiner Bestrafung nach Gleichheitsgrundsatz umzustoßen und einer Anarchie Raum zu geben.

Auch der Koran kennt die in vorislamischer Zeit unbegrenzt geübte Privatrache, die er einschränkt, aber nicht abschafft. Er lässt die Vergeltung von Körperverletzung und Totschlag durch ebensolche Verletzung oder Hinrichtung des Schuldigen bzw. eines Stellvertreters ausdrücklich zu. Dem Stellvertreterprinzip wird also keine grundsätzliche Absage erteilt. Auch das ist ein Aspekt des gegenwärtigen „Cartoon-Streits“, in dem erst dänische Produkte und Firmen mit unter die Vergeltung für die Beleidigung Muhammads fielen, dann Menschen

*Es ist das weltweite Ziel islamistischer Bewegungen, diese urislamische Einheit von Staat und Gemeinde wiederherzustellen und die islamische Gemeinschaft unter der Führung eines Kalifen zu vereinen.*

unterschiedlicher Nationalität, aber vorwiegend christlicher Konfession bedroht und umgebracht wurden und die Botschaften mehrerer Länder in Flammen aufgingen – sie alle gehörten zum Kollektiv der westlichen Gesellschaften, die pauschal in Haft genommen wurden.

### Würde und Freiheit aller Menschen

Woraus können die Würde und Freiheit eines Menschen abgeleitet werden? Nach christlicher Auffassung vor allem aus der Gottesebenbildlichkeit, auf deren Grundlage der Mensch als unverwechselbares, von Gott ins Leben gerufenes, einmalig begabtes Geschöpf betrachtet wird. Da die Würde des Menschen letztlich von Gott selbst kommt, ist sie nach christlicher Auffassung unantastbar. Das gilt für die Würde jedes Menschen, sei es Christ oder Nichtchrist, sei es Mann oder Frau, Staatsbürger oder Gast, ja sei es Verbrecher oder Gesetzestreuer. Der Gedanke der unteilbaren Würde jedes Individuums hängt eng mit der Gleichheit vor Gott und dem Gesetz zusammen, ebenso aber auch mit Achtung und echter Toleranz, die nur dort entstehen kann, wo diese rechtliche und wesensmäßige Gleichheit aller Menschen Grundkonsens ist.

#### ... nach christlicher Auffassung

Der Christ, der die Erde „bebauen und bewahren soll“ (1. Mose 1), erfährt diese Gleichheit und Würde, aber auch die von Gott geschenkte Freiheit. Er ist Gottes Geboten verpflichtet, dies aber als freier Gestalter seiner Lebenswelt in der Bindung an sein Gewissen. Kreativität, Erfindergeist, Unternehmertum und freie Wissenschaft – Grundlagen allen wirtschaftlichen und geistigen Aufbaus und Fortschritts – aber auch die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sind konkreter Ausdruck dieser grundsätzlichen Orientierung an der Würde und Freiheit des Menschen im Christentum. Nur das Christentum hat die Sklaverei grundsätzlich abgelehnt. Bedeutende Vertreter ihres Glaubens haben sie gegen energische Widerstände an höchster Stelle bekämpft und mit der Menschenwürde für unvereinbar verurteilt.

Kritisches Denken, Reflexion über das eigene Dasein, über das Diesseits und Jenseits, ja sogar der gegen Gott gerichtete Vorwurf und die Anklage Gottes sind schon im Alten Testament keine Tabuthemen – man denke nur einmal an Hiob oder die Klagepsalmen, die den ewigen Gott schonungslos der Kritik des begrenzten Menschen aussetzen. Dieser Gott ist einerseits unbegreiflich, fordert andererseits aber die Menschen zum Nachdenken

und Erforschen auf. Der christliche Glaube wirft daher ständig Fragen auf, wird neu diskutiert und auf gesellschaftliche Wirklichkeiten hin geprüft. Er erforscht, wägt ab, vergleicht und hinterfragt den Sinn von Geschichte und persönlicher Existenz, aber lässt sich dabei auch hinterfragen – und auch das schon im Alten und Neuen Testament – ohne dabei prinzipiellen Schaden zu nehmen oder um seine Ehre zu fürchten.

Kritik und grundsätzliche Infragestellung, Kreativität und Freiheit mussten nicht erst dem christlichen Glauben abgetrotzt werden, sondern waren von Anfang an mit seinem Grundanliegen vereinbar, um schließlich auch die Gedanken der Aufklärung mit aufzugreifen – auch wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit dieses Ideal oft nicht widerspiegelte.

#### und in der islamischen Theologie

Ein Vergleich mit den Realitäten der islamischen Theologie und gesellschaftlichen Wirklichkeiten zeigt, dass auch diese Werte keine universalen Selbstverständlichkeiten sind. Eine Theologie, die den Menschen zwar als Geschöpf Gottes betrachtet, aber ihm nicht diese besondere Würde als Gottes Ebenbild zugesteht, geht dann auch folgerichtig davon aus, dass der Mensch nicht in erster Linie Freier und Fragender ist, sondern Unterworfener, ein „Muslim“ (Islam = Unterwerfung, Hingabe). Der Unterworfene genießt im islamischen Staat daher grundsätzlich größere Rechte als der Jude oder Christ, der sich Gott nicht in der Religion des Islam unterwirft, also Nichtmuslim ist und im islamischen Staat daher als Bürger zweiter Klasse durch besondere Steuern oder Benachteiligungen unterworfen wird. Ebenso genießt der Mann im islamischen Erb-, Zeugen- und Eherecht größere Rechte als eine Frau, denn es kann – so ein Grundsatz des islamischen Rechts – keine Gleichheit unter grundsätzlich Ungleichen geben.

Daher wird der Mensch nicht an sein Gewissen gebunden, sondern an das Gesetz mit seinen zahlreichen Einzelbestimmungen zu Speisen und Waschungen, zur Kleidungsordnung und Gebetsrichtung, zur vorgeschriebenen Gebetsformel, der auf die Minute festgelegten Gebetszeit und dem Pilgerritus. Unterwerfung statt kritisches Fragen, ein im Großen und Ganzen noch viel zu stark auf Repetieren ausgerichtetes Bildungssystem statt freier Forschung, die Einschränkung persönlicher Freiheiten wie der Presse- und Meinungsfreiheit oder das nicht gewährte Recht, politische Parteien zu gründen, sind in islamischen Ländern an der Tagesord-

*Eine Theologie, die den Menschen zwar als Geschöpf Gottes betrachtet, aber ihm nicht diese besondere Würde als Gottes Ebenbild zugesteht, geht dann auch folgerichtig davon aus, dass der Mensch nicht in erster Linie Freier und Fragender ist, sondern Unterworfener, ein „Muslim“ (Islam = Unterwerfung, Hingabe).*

nung. Kunst, Kultur, Literatur und Religionsfreiheit mögen in der Vergangenheit graduell bessere Entfaltungsmöglichkeiten gehabt haben, sind heute in islamischen Ländern jedoch stark eingeschränkt. Die Scharia kennt nur das Recht, sich dem Islam zuzuwenden, aber die Abkehr vom Islam bedroht sie seit 1.400 Jahren mit der Todesstrafe.

Es gäbe weitere Aspekte, die vergleichend beleuchtet werden könnten, z. B. die Besonderheiten christlicher Arbeitsethik, die jede Art von Arbeit als wertvoll deklariert, weil sie gleichermaßen Dienst an Gott und am Nächsten ist. Der Bildungsauftrag, die Fürsorge für Kranke und Sterbende, Arme und Behinderte unabhängig von ihrem „Wert“, ihrer Konfession, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft, sind in ihrer Grundlage spezifisch christliche Werte und keinesfalls universale Selbstverständlichkeiten.

### Keine Scheu vor der Wertediskussion

Über diese einer Gesellschaft zugrunde liegenden Werte, die in Religion, Rechtsdenken und Tradition wurzeln, muss endlich fundiert gesprochen werden. Es ist durchaus nicht alles inhaltlich „gleich“, was ähnlich klingt. Nur wenn die Grundlagen unserer Gesellschaft – sowie die Grundlagen der Zuwanderergesellschaft – und ihre Folgen für das Zusammenleben rückhaltlos analysiert und ausgeleuchtet werden – z. B. in Bezug auf die Rolle von Mann und Frau, Toleranz und Rechtsdenken – werden sich die für unsere Gesellschaft unverzichtbaren Werte herauskristallisieren. Diese müssen dann auch von Zuwanderern eingefordert werden, um ein konstruktives Zusammenleben gestalten zu können.

Verharrt diese Gesellschaft jedoch in ihrer Selbstunsicherheit über ihre Werte und ihre Identität, wird sie einer so fordernd auftretenden Kultur und Tradition mit einem eigenen, sehr festgefügteten Wertegerüst nur wenig entgegensetzen können: Langfristig wird sie sie nur haltlos bewundern können oder sich aber um des Überlebens willen abgrenzen müssen. Beides aber sind keine Alternativen für eine gemeinsame Zukunft, die wir ganz ohne Zweifel miteinander gestalten müssen. Eine Wertediskussion und daraus abgeleitete Regeln für das Zusammenleben können also nicht Zeichen von Arroganz oder von „Zwangsgermanisierung“ sein, sondern im Gegenteil Zeichen des guten Willens zu echtem Miteinander. Wer die eigene Geschichte und Identität leichtfertig über Bord

wirft, hat sich selbst bereits aufgegeben und wird morgen in einer zerfallenden Werteordnung leben, in der sich parallele Werte- und Rechtssysteme etablieren.

Ein tragfähiges Gerüst sinnvollen und gleichberechtigten Zusammenlebens bieten die durch Aufklärung und Humanismus ergänzten christlichen Werte, weil sie Achtung vor jedermann, Toleranz auf Augenhöhe, Frauen- und Minderheitenrechte, Freiheits- und Religionsrechte und die gemeinsame, gleichberechtigte Gestaltung der Zukunft unter einem gemeinsamen Wertekanon „ohne Ansehen der Person“ ermöglichen.

Der Islam ist unverrückbarer Bestandteil der deutschen und europäischen Gesellschaft geworden. Legen wir endlich gemeinsame Spielregeln fest, denn eine gelungenes Zusammenleben wird sich angesichts divergierender Wertauffassungen nicht von selbst ergeben. Im Gegenteil: heute sind aufgrund der langen Vernachlässigung der Probleme größere Anstrengungen nötig. Die Politik ist gefordert mit zusätzlichen Angeboten für Sprach- und Werteunterricht, sowohl für Kinder als auch für den seit 30 Jahren Ansässigen. Neue Lösungen werden gebraucht, um Arbeit und Ausbildung für die gescheiterten Schulabbrecher zu finden, zusätzliche Bildungsangebote und vielleicht sogar eine neue Wohnpolitik sind gefordert, um die weitere Ghettobildung und die dortige Verselbständigung von Rechtsvorstellungen abzuwenden. Aber auch jeder Bürger ist in seinem eigenen Umfeld gefragt, wenn es um Begegnung und Engagement in Politik und Gesellschaft geht, um Fördern und Fordern, um Angebote und Grenzen ziehen.

Diese Gesellschaft steht derzeit an einem Scheideweg: Wird sie die Kraft aufbringen, sich ihrer Kultur und Zivilisation neu zu versichern, fundierte Begründungen für sie zu finden und sie in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen erfolgreich zu verteidigen? Unserer aller Zukunft hat schon begonnen – finden wir doch den Mut, sie gemeinsam zu gestalten.

*Dr. Christine Schirmmacher ist wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Islamfragen der Deutschen Evangelischen Allianz e.V. Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Frau Dr. Schirmmacher im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin-Mitte am 15.2.2006 gehalten hat.*

*Legen wir endlich gemeinsame Spielregeln fest, denn eine gelungene Zusammenarbeit wird sich angesichts divergierender Wertauffassungen nicht von selbst ergeben.*

# Evangelisches Leserforum

## **Elmar Theveßen, Terroralarm – Deutschland und die islamistische Bedrohung**

Rowohlt, Berlin 2005, ISBN 13-978-3-87134-548-7,  
224 Seiten, 29,90 Euro

Es ist keine erbauliche Lektüre, die wir da mit dem neuesten Buch des Terrorismusexperten und ZDF-Journalisten Elmar Theveßen geliefert bekommen, denn der Autor analysiert gleichermaßen schonungslos wie nüchtern das gegenwärtige Bedrohungsszenarium in Deutschland: „Nach den Lageberichten, die das Bundeskriminalamt in Abstimmung mit Verfassungsschutz, BND und anderen Behörden ständig erneuert, ist das Risiko [eines terroristischen Anschlages, C.M.] ‚abstrakt‘ hoch, mit anderen Worten sehr hoch und sehr besorgniserregend ...“

Bevor Theveßen im zweiten und Hauptteil seines Buches über den „Dschihad in Deutschland“ handelt, gibt er einen Rückblick auf die Anschläge in Madrid und London. Er beleuchtet dabei sowohl die konkreten Hintergründe, Planungen und Ausführungen der Anschläge selbst, als auch die zum Teil erschreckend unzureichenden bisherigen Strategien der staatlichen Terrorabwehr in den bisher betroffenen Ländern. Ausgehend von den Ereignissen des 11. Septembers 2001 verfolgt er die blutige Spur des islamistisch inspirierten Terrorismus bis zu seinen unsäglichen ideologischen Wurzeln zurück. Er zeigt dabei insbesondere auch die Anfälligkeit einer radikalisierten und desintegrierten islamistischen Jugend in den Ländern der westlichen Welt auf. Durch das Internet, das als „virtuelle Umma“ fungiert, ist es den Terroristen schon längst gelungen, „die Funktion der Trainingslager in die virtuelle Welt zu übertragen“.

Im zweiten Teil von „Terroralarm“ zeigt Theveßen, dass die terroristische Bedrohung direkt vor unserer Haustür und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft lauern kann. Er macht uns mit islamistischem Gedankengut und Material ver-

traut, das heute und hier in Deutschland von radikalen Muslimen gelesen wird („An die Macht gelangt man ausschließlich und nur durch Kampf und Krieg“) und folgert einigermaßen besorgniserregend: „Welche Wirkung haben solche Worte auf junge Muslime hier in Deutschland, etwa auf einen marokkanischen Jugendlichen, der keine Lehrstelle findet, dessen Eltern sich wenig um ihn kümmern, der auf der Straße herumlungert und zum Beispiel wegen Schlägereien und Diebstählen mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist? Im Internetcafé verfolgt er die Diskussionen um die Weltereignisse, sieht, dass Menschen sterben, darunter auch viele muslimische Kinder.(...) Vielleicht hat ihm auch schon jemand erklärt, wie der Islam seinem Leben ein Ziel geben kann und dass sein Einsatz einen Wert hat für die Um-

ma, die islamische Gemeinschaft, während er sonst von allen Seiten das Gefühl bekommt, das sein Leben nichts wert sei, dass er als Ausländer unter Verdacht steht, potentieller Terrorist zu sein.“

Im 6. Kapitel schildert der Autor ein bedrückendes Ernstfallszenario eines Terroranschlages in Deutschland im Rahmen der kommenden Fußballweltmeisterschaft und erläutert: „Dass einige junge Türken in Deutschland Anhänger Osama bin Ladens sind und

möglicherweise auch Terroranschläge verüben würden, gilt in Ermittlerkreisen als sicher.“ Sein bitteres Fazit lautet dabei: „Deutschland hat immer noch nicht verstanden, dass es jederzeit Ziel eines Angriffs werden kann und dass es nicht vorbereitet ist, wenn es geschieht.“

Unter der Überschrift „Bedingt wehrhaft – warum der Rechtsstaat überfordert ist“ werden uns im folgenden Abschnitt die gesamten Defizite unseres bisherigen Umganges mit muslimischen Extremisten vor Augen geführt und tragfähige Alternativen für den Umgang mit denjenigen angemahnt, die „unseren Rechtsstaat so massiv herausfordern“. Theveßen macht es sich hierbei keineswegs einfach: Er erläutert sowohl die Schwierigkeiten aus Sicht der Ermittler und Verfassungsschützer als auch die ethischen und rechtsstaatlichen Probleme, die sich bei der Terrorverfolgung und der präventiven Abwehr ergeben.

Schließlich lässt er auch einige Tabus der political correctness unserer Tage nicht unangetastet,



wenn er auf die integrations- und gesellschaftspolitischen Sünden der Vergangenheit und Gegenwart blickt: „Die Medien haben in den siebziger und achtziger Jahren gerne weggeschaut, weil es politisch inkorrekt war, kulturelle Traditionen unserer ‚Gäste‘, die dem Grundgesetz widersprachen, einmal kritisch zu hinterfragen. Es gab beispielsweise keine langen Features über die Zwangsehe von Minderjährigen, über häusliche Gewalt und Diskriminierung von Frauen. Stattdessen entdeckten wir auf einmal Muslime als Opfer von Diskriminierung in unserer Gesellschaft.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Tatsächlich tragen die muslimischen Verbände in Deutschland eine Mitschuld daran, dass sich Vorurteile – die meisten davon ungerechtfertigt – in der öffentlichen Meinung verankern konnten. Statt Terroranschläge eindeutig zu verurteilen, beschränkten sich ihre Äußerungen meist auf den Hinweis, dass der Islam eine friedliche Religion sei, und die Warnung, man dürfe nicht alle Muslime verdächtigen.“

Am Ende seines Buches macht Theveßen einige konstruktive Vorschläge und nennt positive Beispiele für eine Verbesserung des Sicherheits- und Integrations-Klimas in unserem Lande. Er plädiert für eine einheitliche Vertretung aller Muslime in Deutschland, einen staatlichen Islamunterricht in deutscher Sprache, eine deutsche Schulung von Imamen, eine konsequente Durchsetzung bzw. Verfolgung des Zwangsehengebotes, integrationsfördernde Projekte mit arbeitslosen muslimischen Jugendlichen und Alphabetisierungskurse. Er spricht sich gegen die „Kleinstaaterei bei der Terrorismusbekämpfung“ und für einen „nationalen Sicherheits- und Katastrophenplan“ aus und fordert den lange überfälligen, entschiedenen „Aufstand der Anständigen“ unter den Muslimen. Ein demokratischer

Staat, der dem Individuum so viele Freiheiten lässt, bedarf angesichts der aktuellen Bedrohungslage aus Sicht des Autors des besonderen bürgerschaftlichen Einsatzes und der behutsamen Abwägung bei der Wahl seiner Verteidigungsmittel: „Wenn dieser Staat sich selbst bedingungslos und um jeden Preis verteidigen müsste, dann bliebe am Ende von seinem Fundament – den Menschen- und Bürgerrechten – nicht mehr viel übrig. Er würde sich nicht mehr unterscheiden von Polizeistaaten und Tyraneien. Deshalb braucht der schwache Staat die Stärke seiner Bürger, die ihn trotz all seiner Fehler für das beste System halten. Er braucht ihr starkes Bekenntnis – nicht nur auf der Straße, sondern auch im alltäglichen Leben. Es ist ein Bekenntnis, zu dem die Bereitschaft gehört, den Beitrag des anderen anzuerkennen. Denn gegenseitige Ignoranz führt zu gegenseitiger Zerstörung.“

Das Buch von Elmar Theveßen ist mehr als eine bloß vordergründige sicherheitspolitische Skizze. Es bietet vielmehr auch eine vertiefte Einsicht in das gesamte Bündel von gesellschaftlichen, religiösen, kulturellen und politischen Problemen, die nicht nur mit dem Terrorismus im engeren Sinne, sondern auch mit dem Islamismus als solchem sowie der Desintegration einer ihrer Minderheitenstatus in unserem Land langsam aber sicher erwachsenen muslimischen Bevölkerungsschicht zusammenhängen. Die Ausführungen lassen somit erahnen, dass die terroristische Bedrohung nur die Spitze des Eisberges eines viel tieferen und größeren Problems auch und vor allem innerhalb der westlich geprägten Gesellschaften selbst darstellt.

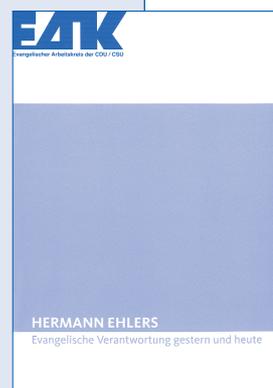
*Christian Meißner*

## Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!

**Mit Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Bischof Peter Krug, Christian Wulff, Thomas Rachel, Richard von Weizsäcker und vielen anderen mehr.**

**Zum Preis von 9,80 Euro (inkl. Porto – und Versandkosten).  
ISBN 3-00-016340-9**

**Zu beziehen über:** Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK),  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436,  
E-Mail: eak@cdu.de



**Einladung zur 43. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU  
am 10. Juni 2006 in Saarbrücken**

**„Wahrheit und Wahrhaftigkeit  
in der Politik und in den Medien“**

**Freitag, 9. Juni 2006**

21.00 Uhr **Empfang der Oberbürgermeisterin der Stadt Saarbrücken am Vorabend  
der Bundestagung im Rathaus St. Johann**

**Samstag, 10. Juni 2006**

8.45–9.30 Uhr Gottesdienst in der Ludwigskirche, Alt-Saarbrücken  
**Kirchenpräsident Eberhard Cherdron**  
**Kirchenrat Joachim Brandt**  
**Pfarrer Horst Heydt**

10.00 Uhr Eröffnung der 43. Bundestagung in Saarbrücken  
**Thomas Rachel** MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

anschließend **Bundesarbeitskreissitzung**  
Delegiertenversammlung (nicht öffentlich)

11.00–12.30 Uhr **Ministerpräsident Peter Müller** MdL,  
Saarland

12.30–13.30 Uhr Mittagessen

13.30–15.00 Uhr **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** MdB  
Vorsitzende der CDU Deutschlands

15.00–16.30 Uhr Theologisches Nachmittagsgespräch  
**„Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“**

Referenten:  
**Kirchenpräsident Eberhard Cherdron**  
Evangelische Kirche der Pfalz

**Hugo Müller-Vogg**  
Journalist und Autor

**Wolfgang Baake**  
Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP e.V.

Moderation:  
**Hermann Gröhe** MdB  
Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

16.30 Uhr Ende der Tagung

*(Änderungen vorbehalten)*

Organisatorische Rückfragen an: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstr. 8,  
10785 Berlin, Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

# Antwortbogen

zur Verwendung im  
oder als

Fensterumschlag

Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Telefax: 0 30 22070-4 36  
E-Mail: eak@cdu.de  
www.eak-cducsu.de



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bitte senden Sie mir die **Unterlagen für meine Anmeldung** zur 43. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 10. Juni 2006 in Saarbrücken zu.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 0 30 22070-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Wir senden Ihnen die Anmeldeunterlagen im April per Post zu.

**Anmeldeschluss für die Bundestagung ist der 2. Juni 2006.**



Bildatenbank Tourismuszentrale Saarland

# Krieg der Welten? Verhöhnung und Verspottung christlicher und islamischer Werte

**Der Karikaturenstreit erschüttert nicht nur die islamische Welt, nein auch die westliche Welt. Zu Recht ist die Meinung in der Öffentlichkeit, dass der Islam nicht verunglimpft werden darf.**

Auf der anderen Seite steht die Meinungs- und Pressefreiheit: Ein unverrückbarer Grundrechtspfeiler aller Demokratien. Und hier liegt das islamische Problem: Durch die gewalttätigen Proteste gegen europäische, nicht nur dänische Einrichtungen zeigt die islamische Welt ein gewisses Unverständnis und mangelnde Achtung vor der verfassungsmäßigen Ordnung der westlichen Staaten. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist ein Garant für eine funktionierende und pluralistische Demokratie.

Die fehlende Sichtweise liegt in der Tatsache, dass im Islam die Einheit von Religion und Staat herrscht. Das bedeutet zum Beispiel, dass ein Muslim, der zum Christentum übertritt, mit der Todesstrafe rechnen muss. Gerade aber weil in religiösen, aber auch gesellschaftlichen Fragen eine große Diskrepanz zwischen Muslimen und Christen besteht, muss eine gemeinsame Basis geschaffen werden. Eine Grundlage für ein künftiges Miteinander, sowohl im gesellschaftlichen als auch religiösen Dialog. Die Karikaturen und die zögerliche Entschuldigung von öffentlicher Seite waren falsch, und es war das gute Recht der Muslime, diese Karikaturen als eine Beleidigung zu geißeln. Doch müssen dabei gleichzeitig Steine und Brandsätze fliegen? Verwerflich ist auch, dass die Militärdiktaturen in Syrien und Pakistan dem aufgestachelten Mob freien Lauf lassen. Diesen Despoten sitzt der fanatische Islamismus im Nacken: Weder die syrischen oder pakistanischen Machthaber noch die anderen arabischen Staaten wollen einen zweiten Iran, einen vermeintlichen Gottesstaat, auf ihrem Boden. Kein Zweifel darf jedoch darin bestehen, dass religiöse Überzeugungen niemals Anlass für Gewalt gegen Personen und Sachen sein dürfen.

Genauso wie die Muslime ihre Religion verteidigen, so muss eine klare Botschaft der westlichen Staaten erkennbar sein: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. So steht es im Grundgesetz und mit gleichem Inhalt in jeder demokratischen Rechtsordnung auf dieser Welt. In einer aufgeklärten Gesellschaft muss Kritik an Religionen und Weltanschauungen selbstverständlich sein. Eines sollten aber all jene wissen, die sich in einer solchen Kritik üben: Respekt und Achtung vor religiösen Gefühlen anderer dürfen nicht verletzt werden.

Doch diese Achtung darf nicht nur dem Islam gezollt werden. Während Teile des Islams überempfindlich auf religiöse Angriffe reagieren, scheinen die Christen in unserer Gesellschaft Gotteslästerungen mit Lethargie zu ignorieren. Die Zahl der Verunglimpfungen in der deutschen Fernsehlandschaft nimmt beständig zu, so meldete der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR): „Schon vor mehr als 2000 Jahren gelang die erste Befruchtung im Reagenzglas, die sog. Josef-und-Maria-Methode“. Und in einer Pro-Sieben-Komödiensendung wird gar gewitzelt: „Jesus war ein ganz schöner Freak, aber sein Vater ist noch bekloppter. Der glaubt, er sei Gott.“ Die Reihe der gotteslästerischen Tiefschläge könnte fortgesetzt werden. Es würde den Rahmen sprengen. Die heraufbeschworene Tendenz der Rückbesinnung an christliche und konservative Werte kann man in diesem Bereich noch nicht erkennen.

Die christliche Religion hat in unserer Gesellschaft einen ungeahnten Stellenwert. Das Christentum gibt die Richtung vor, da es Land und Leute prägt, auch wenn dieses unterschwellig ist. Der Verfassungsrichter Udo di Fabio hat in seinem Buch mit dem Titel „Die Kultur der Freiheit“ eindrucksvoll dem Leser erläutert, dass unsere Freiheit und Gesellschaft auf dem historischen Fundament jüdisch-christlicher Tradition und auf dem bürgerlichen Tugendkatalog beruht.

Diese Erkenntnis sollte jeder pflegen und sich gewiss sein. Das umfasst auch kulturelle und religiöse Toleranz von Muslimen und Christen. Denn: Respekt und Achtung vor religiösen Gefühlen anderer dürfen nicht verletzt werden.

*Ein Beitrag von Axel Wintermeyer MdL,  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender  
des EAK-Landesverbandes Hessen*

# Aus unserer Arbeit

## Neujahrsempfang des EAK Schleswig – Holstein

„Die vier Lübecker Märtyrer – was sie uns heute zu sagen haben“ war das Thema, der Ansprache des **Erzbischofs Dr. Werner Thissen**, Hamburg, auf dem Neujahrsempfang 2006, zu dem der EAK Schleswig-Holstein in das Refektorium des Kieler Klosters eingeladen hatte.

Die Neujahrsempfänge des EAK Schleswig – Holstein stellen bereits eine kleine Tradition dar. Hier begegnen sich CDU, Kirche und kirchliche Öffentlichkeit. So konnte in diesem Jahr der stellv. Landesvorsitzende, **Hans Bleckmann**, neben dem Erzbischof als Hauptredner wiederum zahlreiche Gäste begrüßen, darunter den Präsidenten des Schleswig – Holsteinischen Landtages, **Martin Kayenburg** MdL, den Präsidenten der Nordelbischen Synode, **Hans-Peter Streng**, sowie Vertreter verschiedener evangelischer und katholischer Ämter und Dienste.

Die Referentin der EAK-Bundesgeschäftsstelle, **Melanie Liebscher**, überbrachte die Grüße des EAK Bundesvorsitzenden, **Thomas Rachel** MdB, und die des Bundesgeschäftsführers, **Christian Meißner**. In ihrem Grußwort erinnerte sie daran, wie wichtig es sei, dass wir in Deutschland die „C“-Parteien und eine Organisation wie den EAK hätten, die ihr Fundament im christlichen Menschenbild erkennen. Insbesondere vor wichtigen anstehenden Entscheidungen und Weichenstellungen seien wir als engagierte Christen dazu aufgefordert, uns einzubringen: Hier sei nur an die Stichworte „Soziale Gerechtigkeit“, „Stammzellforschung“, „Spätabtreibung“, „Menschenrechte“ oder „Integration“ erinnert.

Im Blickpunkt dieses Neujahrsempfanges stand mit Erzbischof Dr.

Werner Thissen ein Repräsentant der katholischen Kirche. Wie immer ging es um ein Thema an der Nahtstelle zwischen Politik und Kirche. In den Mittelpunkt seiner Ansprache stellte der Erzbischof die vier Lübecker Märtyrer – ein evangelischer Pastor und drei katholische Priester -, die zusammen mit 18 Laien verhaftet worden waren. Im Juni 1943 wurden die Laien zu Zuchthausstrafen verurteilt, die vier Geistlichen wurden zum Tode verurteilt und am 10. November 1943 hingerichtet.

Der Erzbischof würdigte die vier Theologen, die – ungeachtet aller bedrängenden Anschuldigungen – standhaft geblieben und sich allein an ihrem Gewissen orientiert haben. Sie waren durch die Bibel in ihrem christlichen Glauben geschult, deshalb waren sie nicht zum Nachgeben bereit. So mahnten sie: „Rennt nicht allen Meinungen nach, prüft euch!“ Sie wollten mit Ihrem Verhalten vor Gott glaubwürdig bleiben.

Mit Blick auf unsere Gegenwart empfahl der Erzbischof den Politikern, sich bei allen Entscheidungen durch das Gewissen leiten zu lassen. Gewissen und Orientierung aus dem christlichen Glauben heraus seien besonders heute eine wichtige Grundlage für Entscheidungen in fast allen Politikfeldern. Ob es bei der gegenwärtigen Diskussion um die Familienpolitik, den Schutz des ungeborenen Lebens, die Forschung in ethischen Bereichen oder auch da, wo der Religionsunterricht zunehmend in Frage gestellt werde, immer sei die Gewissensprüfung gefordert.

Der stellvertretende EAK-Landesvorsitzende, Hans Bleckmann, dankte dem Erzbischof für seine Ansprache. Er habe den Gästen dieses Abends wesentliche Einsichten vermittelt. Im Lichte der Worte des Erzbischofs blickten die Zuhörer auf einen größeren Horizont. Dies mache Ihnen deutlich, dass es in Zeiten der Globalisierung mehr gebe als die tagespolitischen Themen, so wichtig sie auch sein mögen.

## Neue Ländervorsitzende des EAK Berlin und Brandenburg

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Berlin-Brandenburg wählte **Silke Adam** auf seiner Hauptversammlung am 23. Februar 2006 in Potsdam zur neuen Ländervorsitzenden. Die 38-jährige Nachfolgerin von dem bisherigen Vorsitzenden **Stefan Dachsel** studierte Rechtswissenschaften und Evangelische Theologie. Frau Adam lebt seit mehreren Jahren in Berlin und ist insbesondere engagiert im Ökumenischen Frauenkreis des Klosters Amelungsborn.

„16 Jahre nach der Wiedervereinigung schauen wir in Dankbarkeit auf das Erreichte zurück, sehen aber auch die wichtigen Herausforderungen: Der Religionsunterricht war in der DDR seit 1955 an den Schulen verboten. Heute erleben wir erneut, dass der Religionsunterricht Stück für Stück aus den Schulen gedrängt werden soll. Der Erhalt und die Stärkung des konfessionellen Religionsunterrichts an den Berliner und Brandenburger Schulen ist daher vorrangiges Ziel des EAK“, erklärte Frau Adam nach ihrer Wahl. Mit einer breiteren Aufstellung des EAK durch Gründung von Kreisverbänden will die neue Vorsitzende zur Stärkung des „C“ in der CDU beitragen und als Impulsgeber bei der Grundsatzprogrammdiskussion mitwirken.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden der Brandenburger **Henryk Wichmann** sowie der Berliner **Stefan Dachsel** gewählt. Komplettiert wird der Vorstand durch **Ernst Brenning**, **André Hermanns**, **Gregor Hoffmann** MdA, **Christoph Kanengießer**, **Dr. Hans-Georg Pessel**, **Ulrich Pohlmann**, **Marcel Radunski**, **Claudia Rahn**, **Kai Schürholt** und **Dr. Tamara Zieschang**.

Gäste der Veranstaltung waren der CDU-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag **Thomas Lunacek** und der brandenburgische Generalsekretär der CDU, **Sven Petke**.

Im Rahmen der Versammlung wurde **Lothar de Maizière**, letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR, für seine Verdienste um den



*Lothar de Maizière erhält die Ehrennadel des EAK-Landesverbandes Berlin/ Brandenburg*

EAK in Berlin / Brandenburg mit der Ehrennadel des EAK-Landesverbandes ausgezeichnet. In der Laudatio wurde darauf hingewiesen, dass er nicht nur für den Neuanfang der Union, sondern auch für einen glaubwürdigen Protestantismus in Berlin und Brandenburg stehe.

In einem spannenden Rückblick auf die Jahre 1989 bis 1991 schilderte de Maizière die Ereignisse um die erste freie Wahl in der DDR am 18. März 1990. Am Wahlabend hatten sich hunderte Pressevertreter aus aller Welt mit den Vertretern der politischen Parteien im Palast der Republik versammelt. Die besondere Atmosphäre und das überraschend eindeutige Stimmresultat für die „Allianz für Deutschland“ mit 47,7 Prozent waren ein Aufbruchssignal. Im Gespräch wertete de Maizière dieses Ergebnis als Plebiszit der Menschen für die Einheit Deutschlands, einen föderalen Staat unter dem Grundgesetz und den Rechtsstaat. Die Regierung unter seiner Führung musste sich vorrangig um fünf Aufgaben kümmern. Neben dem Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung, der Gründung der Länder und der Rechtsvereinheitlichung musste die bisherige Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft verwandelt werden. Dafür gab es kein Lehrbuch. Diese Herausforderung wurde angenommen. Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 21. Juni 1990 war der Weg Richtung Einigungsvertrag unaufhaltsam. Die Bedeutung des Wortes Gnade bekam für Lothar de Maizière bei der

Unterzeichnung des „Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ nach Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine neue Dimension. Mit Blick auf die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen vertrat de Maizière, der u.a. heute die Petersburger Gespräche leitet, die Ansicht, der Zeitraum zwischen dem 9. November 1989 und dem 11. September 2001 seien für die Sicherheitsarchitektur zwölf verlorene Jahre gewesen.

### **EAK Aue – Schwarzenberg besucht Synagoge**

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Aue – Schwarzenberg (Sachsen) hat Mitte Februar die Neue Synagoge in Chemnitz besucht. Vierzig Bürger aus dem Landkreis nahmen die Chance wahr, das jüdische Leben in Südsachsen kennen zu lernen – darunter CDU-Kreisvorsitzender **Frank Vogel**, Landtagsmitglied **Alexander Krauß** und mehrere Pfarrer. „Wir haben gemerkt, dass es zwischen Juden und Christen viele Gemeinsamkeiten gibt – dass wir an den gleichen Gott glauben“, sagte EAK-Kreisvorsitzender **Hans Beck** nach dem Besuch. Beck zeigte sich erfreut, dass die Kirchengemeinden das EAK-Angebot zum Besuch der Synagoge so zahlreich genutzt hätten. Während die Jüdische Gemeinde in Chemnitz 1989 lediglich noch zwölf Mitglieder zählte, sind es mittlerweile durch Zuzüge aus der ehemaligen Sowjetunion über 500. Rund 120.000

Menschen jüdischen Glaubens leben heute in Deutschland.

### **EAK-Landesverband Sachsen verleiht Ehrennadel**

**Als erster Sachse erhielt der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Leipzig, Hartmut Nischik, die Ehrennadel des EAK aus der Hand des EAK-Landesvorsitzenden, Dr. Hans Geisler Staatsminister a.D.**

Bei der Verleihung am Rande des Seminars „Sozialethische Verantwortung – wie sozial kann unser Wirtschaften sein?“ würdigte **Hans Geisler** die intensive langjährige Arbeit und die thematisch vielseitige Veranstaltungsserie des Leipziger EAK, dem rund 60 aktive Christen angehören und bei dem bekannte Persönlichkeiten aus Kirche und Politik mitwirken. Besonders geschätzt ist auch die stetige Mitwirkung von **Hartmut Nischik** bei der Gestaltung der Sakramentsgottesdienste für und mit Christen in politischer Verantwortung, die alljährlich in erzgebirgischen Kirchen stattfinden.

Mit jährlich 4 bis 8 Veranstaltungen in den neun Jahren seines Bestehens ist der EAK-Kreisverband Leipzig mit Abstand der aktivste in Sachsen. Zu den überaus gut besuchten Veranstaltungsreihen gehören „Die Hintergründe des deutschen Unwohlseins“ und „Die christliche Prägung Deutschlands im 15. Jahr der friedlichen Wieder-



*Hartmut Nischik (links) bekommt die Ehrennadel des EAK-Landesverbandes Sachsen von Dr. Hans Geisler überreicht*

vereinigung“ mit jeweils acht thematischen Vorträgen.

### **Ingo Friedrich mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU wiedergewählt**

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, **Dr. Ingo Friedrich MdEP**, ist auf der Landesversammlung des EAK in Augsburg mit überwältigender Mehrheit (96,4 Prozent) im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt worden. Als Stellvertreter wurden **Ursula Bauer** (Oberbayern), **Stefanie Finzel** (Oberfranken), **Wolfgang Hofmann** (München) und **Harald Häbler** (Nürnberg) gewählt.

Ingo Friedrich ist seit 1993 Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU und stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der Union. Er ist damals dem langjährigen Bundesminister Dr. Werner Dollinger im Amt des Landesvorsitzenden nachgefolgt.

Als Gastredner analysierte der EAK-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär **Thomas Rachel** (CDU) die „Janusköpfigkeit“ der Globalisierung. Er betonte, dass „wir in den freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratien vor allem ein tragendes Werteprofil und eine ethische Fundierung unserer Politik“ bräuchten, damit wir „Globalisierung auch menschenwürdig und gerecht gestalten können. Also nicht: Globalisierung auf Kosten, – sondern Globalisierung aufgrund unserer Wertegesellschaft“.

Ingo Friedrich hob in seiner Rede unter dem Motto „Globalisierung auf Kosten unserer Wertegesellschaft?“ hervor, dass die Wertediskussion insgesamt immens an Bedeutung gewonnen habe. Im globalen Wettbewerb der Wirtschafts- und Sozialsysteme seien soziale und ökologische Mindeststandards auch in den aufstrebenden Ländern Asiens notwendig. Ziel Europas müsse es sein, die Globalisierung zu gestalten, anstatt sich nur mit ihren Folgen auseinander zu setzen, betonte der CSU-Vize.



*von links: Christian Schmidt, Dr. Ingo Friedrich, Stefanie Finzel, Dr. Günther Beckstein, Thomas Rachel*

Im Hinblick auf den Karikaturenstreit sagte er: „Auch der Islam wird eine Art Aufklärung durchlaufen müssen.“ Der stellvertretende Ministerpräsident **Dr. Günther Beckstein** MdL, berichtete aus aktuellen Gesprächen mit „an sich eher gemäßigten“ Muslimen in Nürnberg. Deren Vorwürfe an die heutige, liberale deutsche Gesellschaft seien massiv. Und doch, so Beckstein, „sind unsere Grundwerte weniger durch die Globalisierung bedroht, als vielmehr dadurch, dass wir selbst zu wenig zu diesen Grundwerten und zu unserem Glauben stehen.“

### **3. EAK Lippeforum: Realistische Familienpolitik oder Fortsetzung der demographischen Katastrophe?**

Mit Gästen des EAK-Leipzig beging der EAK Lippe das 3. Lippeforum, das mit einer Morgenandacht durch **Pastor Tesnow** eingeleitet wurde. Der EAK-Kreisvorsitzende **Wolfgang Strohmeyer** eröffnete die Veranstaltung, zu der außer dem CDU-Kreisvorsitzenden **Cajus Caesar** noch der Landtagsabgeordnete **Heinrich Kemper** MdL sowie weitere lokale CDU- Repräsentanten Grußworte sprachen. Nach der Ansprache des EAK-Landesvorsitzenden **Volkmar Klein** MdL folgte der Vortrag von **Dr. Traugott Ullrich Schall** vom

EAK Lippe zum Thema „Aspekte für eine veränderte Familienpolitik und erneuerten Familiensinn“.

Dipl. Ing. **Hartmut Nischik**, Leipzig, leitete sein Referat „Familie motiviert für Deutschland – Wieso?“ mit der Bemerkung ein, dass die Zehn Gebote auch die Rahmenbedingungen die Familie setzten. Er berichtete als bekennender Christ sehr persönlich und anschaulich von seinen Erfahrungen während der Revolution („Wende“) in der DDR und erörterte die heutigen Gefährdungen für die Familie und die Demokratie in Deutschland. An beide Referate schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

Am darauf folgenden Tag besuchten die Teilnehmer des Lippeforums den Erntedank-Gottesdienst und starteten bei sonnigem Herbst-Wetter zu einer Fahrt durch das malerische lippische Bergland.

Den Höhepunkt des letzten Tages bildete der Vortrag von **Gerhard Schulz**, Leipzig, welcher der Arbeitsgruppe für den Vereinigungsvertrag sowie bis 1998 dem Bundestag als Mitglied angehörte. Im Westen sei, so Schulz, der Glaube an die Allmacht des Staates leider nicht viel geringer als im Osten. Die ostdeutschen Probleme seien nur lösbar, wenn zudem die gesamtdeutschen gelöst würden. Das Ziel müsse sein, mehr zu tun, damit es unseren Kindern besser gehe.

**geber:** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 22070-432, Fax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · **Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch aus-  
zugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quel-  
lenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich  
gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar,  
nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 %  
chlorfrei.

**Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!**



*„In allem erweisen wir uns als Diener Gottes: in großer Geduld, in Trübsalen, in Nöten, in Ängsten...“ (2. Kor. 6,4)*

Traurig sein und doch allzeit fröhlich! Arm sein und doch Reichtümer besitzend! Sterbend und doch im Lichte des Lebens stehend! – Was uns normalerweise als zutiefst widersprüchlich erscheint, kann der Apostel Paulus im 6. Kapitel seines Zweiten Briefes an die Gemeinde von Korinth auf paradoxe Art und Weise zusammen sehen.

Paulus hat in seinem Leben die ganze Zweideutigkeit und Zwiespältigkeit alles irdischen Wandels zu spüren bekommen: In seinem Dienst für das Evangelium, in dem er sich von Gott beständig und ruhelos durch die alte Welt getrieben sah, fürs Evangelium „Menschen zu gewinnen“, erfuhr er gewissermaßen am eigenen Leibe das gesamte Spektrum dessen, was diese diesseitige Welt an Höhen und Tiefen zu bieten hat. Und hier zeigt sich tatsächlich ein mehr als gegensätzlich anmutendes Gesamtbild: Auf der einen Seite stehen Geduld, Trübsal, Not, Angst, Schläge, Gefängnis, Verfolgung, Mühe, Wachen, Fasten, Schande und böse Gerüchte, auf der anderen

Seite Lauterkeit, Erkenntnis, Langmut, Freundlichkeit, der Heilige Geist, ungefärbte Liebe, das Wort der Wahrheit, die Kraft Gottes, Waffen der Gerechtigkeit, Ehre und Wahrhaftigkeit!

Aber anstatt nun an all dem irre zu werden, an all dieser Widersprüchlichkeit unserer irdischen Existenz, weiß sich Paulus von einer gnadenvollen Gewissheit getragen: Als Christen haben wir als Botschafter der Versöhnung Gottes (vgl. 2.Kor. 5) eine wesentliche Aufgabe in dieser Welt, denn wir sind berufen zu diesem Amt der Versöhnung. In Christus ist das Heil der Welt erschienen, und diese Hoffnung inmitten einer unerlösten und zerrütteten Welt ist es, die den Apostel nicht nur über alle Tiefen seines Lebens hinweg trägt, sondern ihn auch in dessen Höhen nicht übermütig und selbstgefällig werden lässt!

In Demut und beharrlicher Ausrichtung auf diesen Grund seiner Existenz hin weiß er, was wahrhaftiges Leben in der Nachfolge Christi bedeutet. Und hier können auch wir von seiner Beharrlichkeit im Hoffen lernen, denn die empfangene Gnade ist ihm ja kein vergebliches Geschenk gewesen, das man sozusagen in Empfang nimmt, um es alsbald wieder zur Seite zu packen, ohne Bezug zum eigenen Selbst. Nein, weil Gott in Christus uns Menschen in der Finsternis des Kreuzes aufgeschienen ist, weiß sich derjenige, der „in Christus“ ist, in keiner Finsternis dieser Welt mehr von Gott verlassen! Das bedeutet es schließlich auch, wenn man das „Jetzt des Heils“ im Glauben ergreifen kann: Keine falsche, erfahrungslose Vertröstung auf einen weltenthobenen und – fernen „Sankt-Nimmerleins-Tag“, sondern die Erfahrung einer durch alle Stürme und Unwetter hindurch letztlich getragenen, heilvollen Existenz. Der durch die Liebes- und Versöhnungsbotschaft Christi bewirkte Riss geht geradewegs und mitten durch den gesamten „Mischmasch von Irrtum und Gewalt“ (Goethe) unserer Weltgeschichte. Im „Hier und Jetzt“ voll und ganz lebend und gegenwärtig, ahnen wir trotz aller Bedrückungen und Anfechtungen dennoch mit ganzer Seele und Kraft, dass sich Gottes Liebesgeschichte mit uns noch lange nicht vollendet hat!

*Christian Meißner*

#### Unsere Autoren:

Dr. Rudolf Seiters  
Bundesminister a. D.  
Deutscher Bundestag  
Unter den Linden 71  
10117 Berlin

Dr. Christine Schirmacher  
Institut für Islamfragen  
Postfach 7427  
53074 Bonn

Axel Wintermeyer MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU-Landtagsfraktion  
Schloßplatz 1–3  
65183 Wiesbaden

Christian Meißner  
Bundesgeschäftsführer des EAK  
der CDU/CSU  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin